Nr. 125 Halle (Saale), Sonnabend den 31. Mai 1913 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1.80 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Herr 149/48. Fernsprecher 888 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Nonpareillezeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textstrich die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Herr 149/48. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Die Steuerfrage.

Erzielte Einigung über den Wehrbeitrag?

Nach einer offiziösen Meldung (siehe weiter unter) ist in der Unterkommission der Budgetkommission eine Uebereinkunft über die Gestaltung des sogenannten Wehrbeitrags erzielt worden. Die Vermögen sollen zu dieser einmaligen Abgabe nicht von 10 000, sondern erst von 30 000 Mk. an herangezogen werden, die Einkommen dagegen schon von 5000 Mark an. Die heutige Kommissionssitzung wird diesen Vorschlag der Unterkommission prüfen, da aber nach der Meldung die Vereinbarung einstimmig und mit Zustimmung der Regierung erfolgte, so wird man in diesem Antrage die Richtschnur zu erblicken haben, nach der der Wehrbeitrag bemessen werden wird. Daß eine Verständigung über diesen Teil der Deckungsvorlagen verhältnismäßig leicht sein würde, war vorauszusehen, obgleich man auch hier die sozialdemokratischen Anträge wieder beiseite schiebt oder bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Die Sozialdemokratie beantragt vor allem, daß die Staffelung der Abgabe so energisch geschehe, daß wirklich und endlich einmal die Reichen und Ganzreichen ausgiebig getroffen werden. Zweitens aber, daß diese Abgabe zu einer wiederkehrenden, zu einer dauernden gemacht werde, wobei die Ueberschüsse wirklichen kulturellen Zwecken nutzbar zu machen sind. Der unten im Bericht mitgeteilte Antrag macht nach dieser Richtung Vorschläge.

Größere Schwierigkeiten und Kämpfe werden aber einsetzen bei der Beratung der weiteren Deckungsvorschläge. Hier liegt noch alles im Dunkel, obgleich immer mehr die Fühler nach einer allgemeinen Erbschaftssteuer ausgestreckt werden. Sogar die Regierung läßt indirekt ihre Bereitwilligkeit durch die Schweinburgsche Korrespondenz (Berl. Polit. Nachrichten) erklären. Da heißt es z. B.:

Der nunmehr allein verbleibende Weg, den Besitzsteuer-Resolutionen vom vorigen Jahre gerecht zu werden, liegt klar vor Augen. Die Mehrheit des Reichstags braucht bloß die Erbanfallsteuer von 1909 wieder aufzunehmen, um alsbald zu einem positiven Ergebnis über die Deckungsfragen zu gelangen. Wird die Vorlage noch dahin verbessert, daß die Erbteile von Witwen und Waisen, deren Lage durch den Erbfall nicht verbessert wird, steuerfrei bleiben, und daß für diejenigen, deren wirtschaftliche Lage nach dem Betrage des Erbfalls sich verbessert, eine Ermäßigung der Erbschaftssteuer eintritt, so wird es auch denjenigen Parteien, welche grundsätzlich der Einführung der Besteuerung des Kindeserbes widerstreben, äußerst schwer fallen, diesen ihren Widerspruch bis zu den äußersten Konsequenzen durchzuführen.

Diese Winke sollen den Konservativen und dem Zentrum nahe legen, daß sie lieber klug einlenken, sonst gäbe es schließlich eine noch viel mehr gefürchtete allgemeine Vermögens- oder Einkommensteuer. Daß diese Arbeit schon zur Hälfte gelungen ist, beweist die konservative Presse. Mehrfach erklärt sie sich für eine Erbschaftsteuer — wenn „Kautelen für den ländlichen Besitz geschaffen werden. Man solle jetzt nachgeben, wodurch man sich die Gestaltung der Steuer im Einzelnen sichere, während sonst „das Unglück" ohne Milderung hereinbreche. Die Blauschwarzen beginnen überhaupt zahmer zu werden und eine Verständigung — der Linksparteien zu fürchten. Die Frankfurter Zeitung sagt darüber:

„Schließlich wird alles vom Zusammenhalten der Linken abhängen. Es ist gewiß nützlich, daß die Nationalliberalen mit dem Zentrum verhandeln. Aber sie werden sich dabei wohl auch bewußt sein, daß sie bei solchen Verhandlungen nicht nur auf sich selbst, sondern zugleich auf die Volkspartei und die Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen haben. Die Sozialdemokraten haben eben wieder durch ihre Abstimmung vom Mittwoch gezeigt, daß sie bereit sind, in der Finanzfrage mit der übrigen Linken taktisch gemeinsam zu operieren. Sie haben daher Anspruch darauf, innerhalb der Linken entsprechend zur Geltung zu kommen. Sachlich bestehen für ein Zusammengehen der drei Parteien ja auch gar keine besonderen Schwierigkeiten, denn das Programm der Linken in dieser Sache ist klar: die Rinke muß alle finanzpolitischen Pfuscherein unbedingt ablehnen. Ihre Forderungen sind: Reichsvermögenssteuer und allgemeine Erbschaftsteuer."

Ob die Liberalen im Reichstage diese Winke in praktische Anträge umsetzen werden, ist noch nicht vorauszusehen. Daß sie sich freilich durch das energische Drängen der Sozialdemokratie zu einer vielleicht doch erwähnenswerten Belastung der Besitzenden verstehen müssen, dafür wird unsere Fraktion sorgen.

•

Die Beratungen der Budgetkommission.

Die Beratung der neuen, mit der Militärvorlage zusammenhängenden Steuergesetze wurde am Donnerstag von der Kommission in Angriff genommen. Zunächst der Wehrbeitrag. Die Regierungsvorlage fordert bekanntlich eine einmalige Abgabe von 0,5 vom Hundert. Bei Personen, die ein Einkommen von über 50 000 Mk. haben, sind ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens 2 vom Hundert zu erheben. Das Zentrum beantragt eine Abgabe vom Vermögen, die bei 50 000 Mark 0,25 v. H. beträgt; sie staffelt sich bis zu 1 Prozent bei 5 000 000 Mark. Vom Einkommen sollen bei 7500 Mk. 1,0 v. H. erhoben werden, bei 300 000 Mk. 10,5 v. H.

Die Nationalliberalen fordern eine Vermögensabgabe beginnend bei 30 000 Mk. mit 60 Mk. und entsprechende Staffelung. Einkommen sollen von 20 000 Mark an herangezogen werden.

Schatzsekretär Kühn gab die Erklärung ab, daß die Regierung an die Wiederholung einer einmaligen Abgabe nicht denke, wie sie auch nur nach langer und ernster Prüfung dem Wehrbeitrage zugestimmt habe. Von einer Vermögenskonfiskation könne natürlich keine Rede sein. Er bitte darum, von der Regierungsvorlage sich nicht weit zu entfernen.

Die Sozialdemokraten beantragen die Abgabe wie folgt zu gestalten:

a) von Vermögen von:

30 000— 50 000 Mk.	. . . . .	0,1 v. H.
50 001— 100 000 „	. . . . .	0,2 „ „
100 001— 200 000 „	. . . . .	0,3 „ „
200 001— 300 000 „	. . . . .	0,4 „ „
300 001— 400 000 „	. . . . .	0,5 „ „
400 001— 600 000 „	. . . . .	0,75 „ „
600 001— 1 000 000 „	. . . . .	1,0 „ „
1 000 001— 2 000 000 „	. . . . .	1,5 „ „
2 000 001— 5 000 000 „	. . . . .	2,5 „ „
5 000 001—10 000 000 „	. . . . .	4,0 „ „
über 10 000 000 „	. . . . .	5,0 „ „

b) den Satz 2 wie folgt zu lassen:

Bei den in § 11, § 11a und § 12 genannten Beitragspflichtigen die ein Einkommen von mindestens 1 600 Mark haben, muß der Beitrag ohne Rücksicht auf Verbandensein und Höhe des Vermögens mindestens betragen bei einkommen von:

10 000— 50 000 Mk.	. . . . .	2,0 v. H.
50 000— 100 000 „	. . . . .	2,5 „ „
100 000— 250 000 „	. . . . .	3,0 „ „
250 000— 500 000 „	. . . . .	3,5 „ „
500 000—1 000 000 „	. . . . .	4,0 „ „
über 1 000 000 „	. . . . .	5,0 „ „

des Einkommens.

c) als besonderen Absatz einzufügen: Personen mit Vermögen bis zu fünfzigtausend Mark, deren Jahreseinkommen dreitausend Mark nicht übersteigt, sind vom Wehrbeitrag befreit.

Genosse David betonte, der Wehrbeitrag werde von den Sozialdemokraten begrüßt, weil dadurch zum ersten Male mit dem Prinzip der Anleihen für militärische Ausgaben gebrochen wird. Im Gegensatz zum Schatzsekretär sei die Sozialdemokratie der Meinung, daß eine solche einmalige Abgabe sich wiederholen müßte, sobald für unproduktive Zwecke Gelder gefordert werden. Der Wehrbeitrag ist auch ein wertvoller Schritt zur Vereinheitlichung des Steuerwesens im Reiche. Der heutige Zustand in bezug auf die Steuererhebung sowohl im Reiche wie in den Bundesstaaten und in den Gemeinden ist unhaltbar. Reichsvermögens-, Einkommen- und entsprechend ausgebaute Erbschaftsteuer sind auf dem Marsche. Das gesunde Prinzip der Progression ist bereits, wenn auch mit großen Abweichungen, in den vorliegenden Anträgen der Parteien enthalten, die David einer Erörterung unterzieht, wobei er den Nachweis liefert, daß die Regierungsvorschläge völlig unzulänglich sind, ebenso auch nach vorläufiger Beurteilung die bürgerlichen Anträge. Unannehmbar ist die Bestimmung im § 31 des Gesetzes, der es den Bundesstaaten überläßt, die Veranlagung zum Wehrbeitrag vorzunehmen. Das würde zu den größten Ungerechtigkeiten führen; man brauche nur an die Praktiken der preußischen Agrarier bei der Veranlagung zu erinnern. Das Reich muß allgemein gültige Bestimmungen erlassen. Die Sozialdemokraten seien bereit, ihre Anträge zugunsten besserer zu ändern.

Abg. Erzberger kritisierte die Regierungs-Vorlage, die die großen Vermögen geradezu unglaublich schonen wolle. Das verstehen die Volksmassen nicht. In die Finanzhoheit der Bundesstaaten würde sowieso eingegriffen, also könne man bei den großen Vermögen weit kräftiger zufassen. Die unterste abgabenpflichtige Vermögensgrenze müsse von 10 000 auf 50 000 heraufgesetzt, die unterste steuerpflichtige Einkommensgrenze aber wesentlich herabgesetzt werden. Es müsse auch versucht werden die mittleren Beamten und verabschiedeten Offiziere, die immer mit Hurra für Militärvorlagen eintreten, zum Wehrbeitrage heranzuziehen. Unter allen Umständen müsse der Wehrbeitrag eine Summe von einer Milliarde bringen; eher mehr, auf keinen Fall aber weniger. Das Zentrum lege entscheidenden Wert darauf, daß Vermögen unter 50 000 Mark von der Steuer befreit bleiben, dafür aber niedrigere Einkommen herangezogen werden, als der Entwurf vorsieht.

Abg. Fischbeck erklärte, die Volksparteiler treten für den Wehrbeitrag ein, aber begeistert seien sie nicht davon. Es müssen aber Kautelen geschaffen werden, damit die Steuerdrückeberger auch gefaßt werden können. Sollte der Wehrbeitrag Ueberschüsse bringen, werde der Reichstag über ihre Verwendung zu beschließen haben. Infolge der hohen Belastung mit indirekten Steuern müssen Besitzsteuern geschaffen werden. Es ist gleichzeitig notwendig, daß die Regierung Material über die Belastung durch die Zölle, vornehmlich durch die Getreidezölle, vorlegt.

Schatzsekretär Kühn glaubte, daß der Steuerertrag aus dem Einkommen viel niedriger sein werde, als allgemein geglaubt wird. Redner gab einige Zahlen bekannt, welche Summen bei Annahme der einzelnen Anträge eingehen würden, z. B. beim Zentrumsantrag 725 Millionen aus dem Vermögen, 74 Millionen von den Aktiengesellschaften und 20 Millionen aus dem Einkommen. Also der Zentrumsantrag wie auch die Anträge der anderen bürgerlichen Parteien würden zu wenig einbringen. Die Wirkung des sozialdemokratischen Antrages, die noch nicht berechnet sei, werde aber sicherlich die sein, daß er eine weit höhere Summe bringen würde. — Abg. Behrens forderte, daß etwaige Ueberschüsse aus dem Wehrbeitrage bis 1926 für die Veteranen und dann für die Wohnungsfürsorge verwendet werden sollen — Graf Westarp schlug vor, daß eine Subkommission gemeinsam mit der Regierung Ertragsberechnungen anstellt.

Genosse Südekum betonte, mindestens 1000 Millionen müssen herausgeholt werden. In den vorgetragenen Ertragsberechnungen seien die Erträge aus den fürstlichen Vermögen nicht mit einbegriffen. Mit dem Entwurfe seien die Regierungen, wenn auch noch unvollkommen, endlich den Anregungen gefolgt, die die Sozialdemokratie seit vielen Jahren gegeben hat. Das festzustellen ist von Wichtigkeit. Der nationalliberale Vorschlag sei unannehmbar, schon weil er die Leistungsfähigen in geringerem Maße als die Schwächeren treffen würde. Wenn gegen den sozialdemokratischen Vorschlag eingewendet wird, daß er zu hohe Anforderungen stelle, müsse gesagt werden: die Reichen sollen empfindlich getroffen werden. Südekum legte auch dar, welche Maßregeln ergriffen werden können, um der Abwanderung von Besitzern großer Vermögen vorzubeugen. Das Grundvermögen kann übrigens nicht in das Ausland gebracht werden. Genosse Südekum wandte sich gegen einen am Mittwoch abend im Berliner Tageblatt erschienenen Artikel, der ihm und der Partei einen Wechsel in der Haltung zur Militärvorlage nachsagt. Unter dem heutigen System und der gegenwärtigen Regierung eine Militärvorlage zu bewilligen, sei für jeden Sozialdemokraten ebenso undiskutierbar wie unmöglich. Die Sozialdemokraten beantragen für den Fall, daß mehr als 1000 Millionen aus dem Wehrbeitrage zu erzielen sind, folgende Verwendung des Ueberschusses:

a) bis zur Höhe von 100 Millionen Mark einem Fonds für Veteranenfürsorge;
b) der weitere Ueberschuß bis zu 100 Millionen Mark für Säuglings- und Mutterschaftsfürsorge;
c) der weitere Ueberschuß bis zu 100 Millionen Mark für Förderung der Volksgesundheit (Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose, Krebskrankheit usw.;
d) der weiterer Ueberschuß bis zu 100 Millionen Mark für Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues;
e) ein weiterer Ueberschuß der Erforschung und Bekämpfung von Tier- und Pflanzenkrankheiten.

Abg. Erzberger betonte gegen die Berechnungen der Regierung, daß die Abgabe von den Aktiengesellschaften eine weit höhere Summe bringen muß, besonders wenn die im Besitze von Ausländern befindlichen Aktienvermögen gebührend herangezogen werden; ebenso werden aus dem Einkommen viel höhere Beträge zu erzielen sein. — Auch der Abg. Gothein glaubte, daß die Regierung die finanzielle Wirkung stark unterschätze, zumal der Deklarationszwang besteht. Die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Progression lehnen die Volksparteiler ab. — Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, daß nachmittags eine Subkommission mit dem Schatzsekretär die vorliegenden Anträge durchsprechen soll.

•

Die vorläufigen Beschlüsse.

Wolffs Bureau meldet uns: Die Besprechung, die, entsprechend dem Beschluß der Budgetkommission, je zwei Mitglieder der Parteien mit dem Reichsschatzsekretär Kühn am Donnerstag nachmittag über den Wehrbeitrag hatten, dauerte drei Stunden. Darin wurde eine Einigung erzielt, die im großen und ganzen auf folgender Grundlage beruht: **Das Einkommen wird kapitalisiert, und zwar werden Einkommen von 5000 bis 50 000 Mk. dem zehnfachen Vermögen, Einkommen von 50 000 bis 100 000 Mk. dem 12½fachen Vermögen, Einkommen über 100 000 Mk. dem 15fachen Vermögen gleichgestellt.** Vom Einkommen werden fünf Prozent als Vermögenszins abgezogen. Einstimmig angenommen wurde die Heranziehung der Einkommen von 5000 Mk. an aufwärts. Vermögen unter 50 000 Mk. sollen frei bleiben, jedoch mit der Einschränkung, daß Vermögen von 30 000 bis 50 000 Mk. desjenigen steuerpflichtig sind, der gleichzeitig ein Einkommen von 2000 Mk. und mehr hat. Die Steuersätze werden durchgestaffelt werden, doch sind die Sätze der Höhe nach noch nicht festgelegt.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 30. Mai 1913.

Die preußische Polizeiallmacht.

Reichstagsbrief. C. B. Die Haltung der liberalen Parteien des Reichstags beim Staatsangehörigkeitsgesetz verdient im Lande wohl beachtet zu werden. Man kann es als einen politischen Skandal bezeichnen, wie sich nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die Herren Fortschrittler bei diesem Gesetz völlig ihrer Selbständigkeit entäußert und in das Schlepptau der Reaktion begeben haben. Alle Anträge unserer Genossen, die den preußischen Polizeicharakter dieses Reichsgesetzes mildern wollten, wurden glatt abgelehnt und stets befanden sich in der Mehrheit auch die Liberalen. Vom Zentrum ist jetzt, in der Zeit des gemeinsamen schwarzblauen Vorstoßes bei der Deckungsvorlage, die Bundesbrüderschaft mit den Konservativen und der Regierung weniger verwunderlich, immerhin gehört doch etwas dazu, im Plenum sozialdemokratische Anträge abzulehnen, die man in der Kommission selbst gestellt hat! Das ist der Fall bei dem Antrag unserer Genossen, den § 7a des Staatsangehörigkeitsgesetzes wenigstens dahin zu ändern, daß gegen die Einbürgerung eines Ausländers in einen Bundesstaat nicht jeder beliebige andere Bundesstaat, sondern nur der Einspruch erheben dürfe, in dem der Antragsteller gewohnt hat. Alle Argumente unserer Redner, der Genossen Landsberg, Bernstein, Dr. Quarck und Molkenbuhr, die sich auf die Steigerung der Verkehrsbeziehungen zwischen den Staaten und auf die wachsende Zahl der Erwerbstätigen einwandfrei lebenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130531-15/fragment/page=0001

Ausländer in allen Reichen verwiesen, prallten von der reaktionären Mehrheit wirkungslos ab. Es bleibt dabei, daß die preußische Polizeipraxis bei der Behandlung von Naturalisationsgesuchen durch Beschluß der „Volksvertretung" auf das ganze Reich ausgedehnt wird. Ein merkwürdiges Argument warf der Zentrumsarbeiter Becker für diese Bestimmungen in die Wagschale: daß der Import ausländischer Lohndrücker gefördert würde, wenn sie deutsche Reichsbürger werden könnten. Treffend erwiderte Landsberg, daß doch gerade die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter, die das Koalitionsrecht nicht ausüben und sich bei Strafe der Landesverweisung nicht beim Unternehmer mißliebig machen dürfen, sie zu Lohndrückern herabwürdige, während sie natürlich als deutsche Bürger ohne Furcht vor der Ausweisung in einer Reihe mit ihren Brüdern marschieren könnten. Auch diese Haltung eines „christlichen Arbeitervertreters" verdient, nicht vergessen zu werden. Der Däne Hansen bemühte sich vergeblich, die Rechtlosigkeit der Staatenlosen in Nord-Schleswig, die in so grausamer Weise verfolgt werden, durch eine Gesetzesbestimmung zu beseitigen; immerhin erklärte die Regierung, daß darüber diplomatische Verhandlungen schweben. Den warmherzigen Ausführungen Hansens schloß sich Genosse Bernstein an, der die Erfüllung der Hansenschen Forderung als eine Ehrenpflicht erklärte.

Sehr hübsch war auch, daß der Ministerialdirektor Lewald vom Reichsamt des Innern sich auf die Segnungen der deutschen Gesetze berief, die den Ausländern in gleichem Maße zuteil werden. Molkenbuhr erwiderte, daß das für den Arbeiter wichtigste Gesetz, die Koalitionsfreiheit — selbst auch nur in ihrer preußisch-deutschen Form, mit dem Galgen des Ausnahmeparagraphen 153 der Gewerbeordnung daneben — für den Ausländer außer Kraft gesetzt ist. Und wenn die ausländischen Arbeiter, die ihre Gesundheit und ihre geraden Glieder im Dienste des deutschen Kapitals opfern und dafür eine knappe, allzu knappe Rente bekommen, so ist das doch kein Geschenk, denn sie müssen ihre Beiträge dafür genau so leisten, wie der inländische Arbeiter!

Freitag Fortsetzung, nachher Interpellation über die Knebelung Elsaß-Lothringens.

Sturm im württembergischen Landtägle.

In der württembergischen zweiten Kammer kam es am Donnerstag aus Anlaß eines brutalen Uebertrumpelungsversuchs des Zentrums zu stürmischen Szenen und zu einer künstlich herbeigeführten Beschlußunfähigkeit. Bereits drei Tage dauert die Generaldebatte über den Etat des Innern. Heftige Angriffe parteipolitischer Art wogten hin und her. Nur nebenbei wurde die alte Streitfrage der Aufhebung der vier Kreisregierungen gestreift. Die Mehrzahl der früheren Kammer hatte sich in Uebereinstimmung mit einer Regierungsdenkschrift für Abschaffung der Kreisregierungen erklärt. Das Zentrum suchte diese Vereinfachung der Staatsverwaltung lediglich aus dem Grunde zu vereiteln, weil die katholische Stadt Ellwangen der Sitz einer Kreisregierung ist. Nachdem alles vorbereitet, auch einige Doppelmandatare telegraphisch aus dem Reichstag herbeigeholt waren, trat das Zentrum mit einem raffiniert formulierten Antrag hervor. In dem Moment, in der der Volksparteiler Haußmann zu diesem Antrag sprechen und Ueberweisung an einen Ausschuß beantragen wollte, setzten Zentrum und Bauernbund mit Hilfe einiger Nationalliberaler den Schluß der der Debatte durch. Eine heftige Geschäftsordnungsdebatte, in der das gewalttätige Vorgehen der Rechten gekennzeichnet wurde, war die Folge. Genosse Keil verlangte Verschiebung der Abstimmung über den Zentrumsantrag bis Freitag. Auch das wurde von der gesamten Rechten mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, obgleich im neuen Landtag mit Rücksicht auf die unsicheren Mehrheitsverhältnisse die Vereinbarung getroffen und bisher durchgeführt wurde, wichtige Abstimmungen jeweils auf den Beginn der folgenden Sitzung zu vertagen. Als nunmehr über den Zentrumsantrag namentlich abgestimmt werden sollte, verließen die Sozialdemokraten und Volksparteiler bis auf die zur Kontrolle zurückgebliebenen Abgg. Haußmann und Keil geschlossen den Saal. Damit war die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt. Die Sitzung mußte abgebrochen werden. Am Beginn der nach einer Viertelstunde folgenden nächsten Sitzung sah sich der Präsident veranlaßt, nun selbst die Verschiebung der Abstimmung bis Freitag vorzuschlagen, und die gesamte Rechte mußte nun zustimmen, nachdem noch einmal eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte stattgefunden hatte. Jetzt erschienen die Mitglieder der sozialdemokratischen und volksparteilichen Fraktion wieder im Saal. Der Verlauf der Sitzung offenbart mit aller Deutlichkeit die brutale Gewalttätigkeit der schwarz-blauen Parteien. Bei der am Freitag stattfindenden Abstimmung wird die Rechte die Mehrheit erlangen, da auch einige Nationalliberale für die Erhaltung der Kreisregierungen stimmen werden. Diese Herrschaften sind allüberall nationalmiserabel.

Zur Stichwahltaktik.

Die Fortschrittler werden jetzt von rechts und von links hart bedroht. Das ist freilich ihr selbstgewolltes Schicksal als „Mittelpartei" und als ewig nur Halbentschiedene. Die Sozialdemokratie wird in Konsequenz der Beschlüsse ihres preußischen Parteitages die Fortschrittler in einer ganzen Reihe von Landtagswahlkreisen rücksichtslos durchfallen lassen, wenn sie sich nicht zu Gegenleistungen verstehen. Tun sie das aber, dann linien ihnen die Konservativen auf die Brust und quetschen ihnen den Atem aus. Der Fortschritt sei schon seit dem Reichstagsstichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie „nicht mehr national zuverlässig", so lautet die konservative Erziehungsformel, unterstütze er jetzt nochmals die „Umsturzpartei", so sei er endgültig genau so als „Feind der Ordnung und der bürgerlichen Gesellschaft" zu bewerten und zu behandeln wie die Sozialdemokratie. Um aber das „Aergste" zu vermeiden, versuchen die Konservativen noch eine kleine Geduldsprobe im Wahlkreise Ober- und Niederbarnim. Dort verfügen die Sozialdemokraten mit 1079 Wahlmännern fast über die absolute Mehrheit. Die Entscheidung liegt bei den an dritter Stelle stehenden Fortschrittlern. Die konservative Parteileitung bot den Fortschrittlern ein Wahlabkommen an, nach dem 2 Konservative und 1 Fortschrittler gewählt werden sollten. Die Fortschrittler lehnten das ab. Nun schacherten die Konservativen weiter; sie gestanden den Fortschrittlern zwei Kandidaten zu und begnügten sich selber mit einem. Bis heute, Freitag, haben sich die Fortschrittler zu entscheiden, sonst . . . Das Verhalten der Fortschrittler zu beobachten, wird sehr lustig sein. Vielleicht suchen sie wieder den berüchtigten „goldenen Mittelweg", der hier ebenfalls gefunden werden kann, ohne es mit rechts und mit links direkt zu verderben. Nach der Wahl wird hierüber manch Interessantes zu sagen sein.

Die Hoffnung der Prozentpatrioten.

Während die neuen Rüstungsvorlagen dem Volke erhöhten Steuerdruck in Aussicht stellen, leben die an der Mordkultur Interessierten großen Erwartungen. Das tolle, verhetzende, volksplündernde Rüsten wirft ihnen erhöhte Gewinne in den Schoß! Daß für sie Hochkonjunktur sei, kam auch auf der letzten Generalversammlung der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken zum Ausdruck; nach Genehmigung einer von 18 auf 20 Prozent erhöhten Dividende ergötze sich die Versammlung an dem von der Verwaltung entrollten Zukunftsbild. In allen Abteilungen herrsche gute Beschäftigung. Nachdem nun 20 Prozent Dividende verteilt worden seien, müsse die Gesellschaft, die seit Bestehen niemals die Erhöhung des Aktienkapitals, die Begebung einer Anleihe oder die Aufnahme einer Bankschuld nötig gehabt habe, bemüht sein, sich sowohl in geldlicher als auch in technischer Beziehung auf der Höhe zu halten. Daher würden in Zukunft große Aufwendungen nötig sein, die man aber aus Abschreibungen und Rückstellungen aus guten Jahren werde decken können. — 20 Prozent Dividende, dazu Erweiterungen der Betriebsanlagen und des Geschäftskreises — aus Abschreibungen und Rückstellungen! Jedes dabei beteiligte Kapitalistenherz muß doch vor Freude hüpfen im Leibe! — Alle diese weit ausschweifenden Hoffnungen würden noch übertroffen werden, käme es zu einem großen Kriege. Erklärlich daher, daß in manchen Kreisen unter dem Deckmantel des Patriotismus systematisch gehetzt wird. Jeder Schuß, der losgeht, steigert die Gewinnaussichten!

Deutsches Reich.

— **Ein russischer Gewaltstreich vor dem Forum des Reichstages.** Der Abg. Dr. Liebknecht hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß vor einigen Tagen der Bergmann Ignaz Jakobeit aus Myslowitz, ein deutscher Staatsangehöriger, in dem russischen Grenzort Nikta von den russischen Behörden verhaftet und wegen der von ihm für den oberschlesischen Bergarbeiterstreik betriebenen Agitation in administrativem Wege — angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit — verurteilt worden ist? Was hat der Herr Reichskanzler bisher zum Schutze dieses deutschen Staatsangehörigen dagegen getan? Was gedenkt der Herr Reichskanzler in dieser Angelegenheit weiter zu tun?" Die Anfrage dürfte heute, Freitag, bei Beginn der Sitzung beantwortet werden.

— **Tagung des Klassenhauses zu höfischen Huldigungszwecken.** Eine Korrespondenz meldet: „Der neugewählte preußische Landtag, der zum 12. Juni einberufen werden wird, wird voraussichtlich nur drei Tage zusammenbleiben. Am 12. Juni werden sich beide Häuser des Landtags konstituieren, am 13. Juni finden in beiden Häusern die Präsidentenwahlen statt, wobei voraussichtlich die alten Präsidenten wiedergewählt werden dürften, am 14. Juni werden in beiden Häusern des Landtags anläßlich des Regierungsjubiläums des Königs Festsitzungen stattfinden. Die Präsidenten des Landtags und gleichsfalls des Reichstags werden am 16. Juni vormittags im Berliner Schloß vom Kaiser empfangen werden. Die Vertagung des Landtags auf den Winter wird erst nach den Jubiläumsfestlichkeiten ausgesprochen werden. Legislative Arbeit wird der Landtag in der kurzen Juni-Tagung nicht leisten."

— **Die Arbeitslosen rufen nach Arbeit und Brot!** Im Breslauer Gewerkschaftshause fand am Donnerstag nachmittag eine Arbeitslosenversammlung statt, an der mehr als 2000 Personen teilnahmen. Nach der Versammlung strömten die Arbeitslosen nach dem Ringe, wo im Rathause die Stadtverordnetenversammlung tagte. Die Polizei schritt ein, die verfügbaren Kräfte aus der ganzen Stadt wurden zusammengezogen, Polizisten zu Fuß und zu Pferde drangen in die Arbeitslosen ein und zerstreuten sie. Hierauf wurde der Ring und das Rathaus von einem starken Polizeiaufgebot stundenlang besetzt gehalten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

— **Orden für Wohltäter in Sicht!** Da keiner der bisherigen Versuche, den alten Kriegsteilnehmern zu einer ausreichenden Unterstützung zu verhelfen, zum Ziel geführt hat, ist der Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen auf den „guten" Gedanken gekommen, die liebe Eitelkeit in den Dienst des Bettelsacks zu stellen. Er lockt in einem Rundschreiben:

> Auch der Reichsverband veranstaltet im Hinblick auf das Regierungsjubiläum Seiner Majestät eine allgemeine Sammlung zur Unterstützung ehemaliger bedürftiger Krieger. Da nun die Absicht besteht, Seiner Majestät über das Resultat dieser Sammlung und die Namen der Spender einen offiziellen Bericht zu erstatten, so hofft der Reichsverband zuversichtlich, daß er durch die Opferwilligkeit aller Kreise des deutschen Volkes in der Lage ist, Seiner Majestät mitteilen zu können, daß eine Summe zustande gekommen ist, die den hohen Zielen des Reichsverbandes würdig erscheint. Wir hoffen daher, daß auch Sie für die „Kaiserjubiläumsstiftung für bedürftige Veteranen" einen einmaligen Beitrag zeichnen werden. Das Präsidium.

Nachdem Patriotismus und Dankbarkeit den Veteranen keine Hilfe bringen konnte, geben die Millionäre aus Eitelkeit und Ordenssucht ein Scherflein.

Frankreich.

Um die dreijährige Dienstzeit. Die Regierung hat zwei „Siege" davongetragen. Diese in Wirklichkeit nichtssagenden Erfolge, die wie die definitive Annahme der dreijährigen Dienstzeit aussehen, dankt die Regierung, wie man uns aus Paris schreibt, ihren radikalen Widersachern. Durch die lölpelhafte Taktik der Radikalen ist die Situation so verwirrt worden, daß wir sie zunächst klarstellen müssen.

§ 33 des Militärgesetzes gibt der Regierung das Recht, in außerordentlichen Fällen die zu entlassende Jahresklasse auf unbestimmte Zeit unter der Fahne zu behalten. Der Zustimmung des Parlaments bedarf es nicht. Die Regierung hat das nur durch Dekret mitzuteilen. Nun ist ein großer Teil der

---

21] [Nachdr. verb.]

Der Eindringling.

Roman von Blasco Ibanez.

Ins Deutsche übertragen von Julio Bronta.

Alle lauschten den Worten des Doktors, der mit leiser Ironie die grobschlächtigen Gastereien der Minenunternehmer mit ihren Strömen Champagner beschrieb. Auf ihren neuen und eleganten Villas waren jene neugebackenen Protzen nicht weniger originell. Sie zogen mit ihren Frauen in die Stadt. Nur in dem Bestreben, ihren Reichtum zu bekunden und den Nachbar zu überstrahlen, kauften sie die abenteuerlichsten Gegenstände, die man sich vorstellen konnte, seltsam gestaltete, komplizierte Möbel, die sonst in Bilbao niemand gekauft hätte, und die ihre Besitzer nicht abzustäuben wagten, aus Furcht, sie zu beschädigen. Jedesmal, wenn der Doktor nach einem Besuch sich die Hände waschen wollte, staunte er über die buntscheckigen Handtücher und die allerhand Tiergformen darstellenden Seifenkugeln, die für afrikanische Hauptlinge fabriziert zu sein schienen. Die Leute fühlten sich gewöhnlich durch das Erstaunen Arestis, das sie für stille Bewunderung hielten, geschmeichelt. Es gab deren, die als Andenken an ihre Vergangenheit unter ihrem Bettgestell einen Weinschlauch wie einen kostbaren Schatz aufbewahrten, denn in ihm gipfelten einst in schlechteren Zeiten alle ihre Sehnsüchten. „Probieren Sie den, Doktor, es ist der köstliche Wein, den die Rioja hervorbringt, er kostet so und soviel Duros (spanisches Silbermünze gleich 4 Mark) die Arroba (spanisches Flüssigkeitsmaß gleich 11½ Liter). Andere bedeckten sich Hände und Brust mit Brillanten, die sie jedoch mit scheuer Ehrfurcht behandelten, als seien es zarte, zerbrechliche Dinger, die bei der leisesten Berührung in nichts zerrinnen könnten. Sie wagten nicht, sich den Kopf zu kratzen, weil sie glaubten, daß das Haar die Edelsteine ritzt und ihren Glanz vermindert.

Und in ihrem einförmigen Leben, zusammengesetzt aus beständigen Gewinnen und gemeinen Vergnügungen, Jagdpartien, Fressereien und Wetten, fanden sie eine neue Betätigung ihrer Protzenhaftigkeit in der Erziehung ihrer Kinder. Diese wurden ins Ausland geschickt in der Hoffnung, daß sie einst den Söhnen der Stadtherren ein Paroli bieten würden. Die Väter wollten aus ihren Söhnen Ingenieure machen, wie die Engländer, die ins Land kamen, um die Bergwerke auszubeuten; die Mütter wollten sie elegant, zierlich und schmachtig wie die jungen Herren, die auf der Steige des Boulevard del Arenal auf und ab paradierten. Die einen schickten ihre Söhne nach Frankreich oder der Schweiz, andere, um diese zu überbieten, verschifften sie nach England, und andere wieder begnügten sich mit nicht weniger als Deutschland. Die jungen Leute erregten nicht geringes Aufsehen, wenn sie aus der Fremde zurückkamen, in der Oeffentlichkeit durch den Schnitt ihrer Anzüge, ihrer Schuhe, Kragen und Halsbinden, im Schoße ihrer Familien durch den Gebrauch der Badewannen, durch die häufigen Abwaschungen, die um so mehr auffielen, als die Väter in ihren jungen Jahren angekleidet geschlafen hatten. Bald aber gewannen die erblichen Instinkte wieder die Oberhand, die jungen Leute legten die exotische Kleidung wieder ab, trugen wieder die zierlosen Samtkostüme der Väter, griffen zur Jagdflinte, huldigten den Tafelfreuden, sprachen nur von Minenankäufen und Unternehmungen, und erinnerten sich ihrer ausländischen Erziehung wie eines Traums.

Das Wetten war die heftigste Leidenschaft, die intensivste Freude der im Gebirge wohnenden Reichen. Diese Wetten, bei denen oft ungeheure Summen auf dem Spiele waren, fußten auf den Kraftleistungen von Ochsenpaaren und der Ausdauer der Bohrmeister. Es war der Kultus der brutalen Stärke mit allen Reizen des Hasardspiels. Unter den Bergleuten gab es in der Handhabung des Bohreisens besonders kräftige Burschen, die im Minengebiet dasselbe Ansehen genossen wie hervorragende Stierfechter und Ballspieler. In Gallarta gab es einen solchen Lümmel, Sieger bei allen Wetten, der von den Unternehmern mehr als ein geliebtes Weib gehegt und gepflegt wurde, den sie mit Champagner und Trüffelpasteten mästeten, dem sie jeden Augenblick die Armmuskeln betühlten, um sich davon zu überzeugen, daß seine Kraft nicht in Abnahme begriffen war. Sie forderten die anderen Ortschaften Biskayens und sogar Guipuzcoas heraus und stolzierten überall mit ihrem Meisterschaftsbohrer, den sie den stärksten Wettbewerbern anderer Ortschaften riegesgewiß entgegenstellten. Sie wetteten Unsummen auf ihn und verfolgten stundenlang mit fieberhafter Spannung die keuchenden Anstrengungen ihres Lieblings, der unablässig mit der Bohrstange den harten Stein durchlöcherte, und wenn er das Ziel erreicht, warfen sie jauchzend ihre Mützen in die Luft, mehr aus Stolz über den Sieg ihres Helden, als wegen des eingestrichenen Gewinnes. Zu ihren unsinnigen Wetten konnte alles Mögliche herangezogen werden. Sowohl die Gefräßigkeit der Hunde, wie die Widerstandskraft der Menschen bildete ein Wettobjekt. Noch vor einigen Wochen waren mehrere Tausend Duros verwettet worden in einer Weise, über die der Doktor noch heute lachen mußte. Es sollte entschieden werden, wer das größte Quantum in Essig getränkten Brotes zu vertilgen imstande sei, ob die mageren und unerschütterlichen Windbeutel eines Unternehmers oder die Bohrmeister eines anderen, stramme Burschen aus Kastilien mit bodenlosem Magen, die niemals den Augenblick für gekommen hielten, sich vom Tische zu erheben. Die Müßiggänger der ganzen Gemarkung strömten herbei, um sich die Sache anzusehen; ganze Haufen Banknoten, als seien es wertlose Papierschnipel, wurden auf die Tische der Buchmacher geworfen; die einen wetteten für die Hunde, die anderen für die Männer, während da oben in den Brüchen die Sprengminen dröhnten, und die elende Herde der Bergarbeiter mit gekrümmtem Rückgrat und erhobener Hacke mühsam das Gestein losbröckelte.

Die Milchsuppen wurden in Eimern herbeigetragen — fuhr Aresti fort — die Hunde verschlangen ihren Teil jedesmal in einem Nu; die Männer aßen bedächtig und langsam, im vollen Bewußtsein des noch zu Leistenden. So verstrichen Stunden . . . Und wer gewann die Wette? — frugen zugleich mehrere Stimmen mit Neugierde.

Sie können es sich wohl denken, die Männer. Der Unternehmer, der für sie gewettet hatte, sagte mir hernach: Ich war meiner Burschen sicher. Wenn ein Tier satt ist, hört es auf zu fressen, während der Mensch Ehrgefühl hat und ihn Verschlingen fortfahren kann, bis er platzt. — Er hatte recht. Zwei der Wettfresser gaben mir viel zu tun, und wenige Tage darauf begleitete sie der Pfarrer von Gallarta auf seiner weißen Eselin hinaus nach dem Friedhof.

Trotz dieses trüben Schlusses lachten die Tischgäste und fanden die Beschäftigungen der Minenprotzen sehr interessant.

Es war bereits spät am Nachmittag, als das Festmahl endigte. Kapitän Iriondo trank auf das Wohl seines Prinzipals und Freundes und empfahl sich sodann, indem er dargab, er müsse die Frachtbriefe eines Schiffes der Firma erledigen. Der Sekretär Goicoecha begleitete ihn, um noch einen Blick auf seine Papiere im Bureau zu werfen. Die Damen gingen mit Urquiola und dem Ingenieur Sanabre in den anstoßenden Salon.

Es wurden einige Freundinnen aus Bilbao erwartet. Mittlerweile wollte man etwas musizieren. Die beiden jungen Leute baten Pepita, eines von den alten baskischen Liedern zu singen, die so schmachtend und wehmütig sind. Bald darauf drangen die Töne des Klaviers in den Speisesaal.

Sanchez Morueta, mit durch die Verdauung gerötheten Wangen, kaute an einer herrlichen Havannazigarre. Er schlug seinem Vetter vor, in den Garten hinabzugehen. Die letzten Sonnenstrahlen vergoldeten die hohen Stämme der Allee, in der die beiden Männer lustwandelten.

Der Millionär war sichtlich erfreut darüber, sich allein mit dem Doktor zu befinden, dem einzigen Freunde, zu dem er Vertrauen hatte, und vertraulich legte er ihm die Hand auf die Schulter. Zum ersten Male am ganzen Tag fühlte er sich behaglich, fern von den Geschäften und den ungemütlichen Tischgenossen. Die Liebe zu seinem Luis, den er so selten zu sehen bekam, und das Hochgefühl einer guten Verdauung machten ihn zur Vertraulichkeit geneigt, und er sah Aresti mit ausfragenden und wohlwollenden Blicken an, als ob er bloß ein Wort desselben erwartete, um das Schweigen zu unterbrechen.

Na, jetzt kannst du losgehen, — sagte frohgestimmt der Doktor, — ich weiß wohl, daß ich dein Beichtvater bin und daß, wenn du vor den andern schweigst, es nur geschieht, um Worte für mich anzusammeln. Laß hören, was ist dir? Vor dir steht der Arzt deiner Seele, wie sich einer jener Geistlichen, die Freunde deiner Frau sind, ausdrücken würde.

Sanchez Morueta zuckte die Achseln. Ihm passierte nichts Besonderes. Einfach, er langweilte sich in seiner Abgeschlossenheit, und hatte bloß eine frohe Stunde, wenn er sich mit dem Doktor unterhalten konnte. Wie oft wandelte ihn nicht die Lust an, in den Zug zu steigen und ihm oben in den Minen einen Besuch abzustatten. Aber auf ihm lasteten so viele Beschäftigungen! Sodann scheute er auch, sich dort sehen zu lassen, wo jeder eine Bitte an ihn zu stellen hatte . . . Jedenfalls langweilte er sich furchtbar wie jemand, der keinen Wunsch hat, der nichts fürchtet und nichts erhofft.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130531-15/fragment/page=0002

Radikalen selbst für eine kurze Dienstverlängerung und erklärt, daß die Situation durch den Balkankrieg und die wiederholten deutschen Heeresverstärkungen eine außerordentliche sei und sofort etwas geschehen müsse. Statt nun durch eine einfache Erklärung das Recht der Kammer über die Zeit, die die im Herbst zu entlassende Jahresklasse länger unter der Fahne behalten werden soll, zu reservieren, engagierten die Radikalen eine Debatte à fond, um natürlich zum Schluß in der Mehrheit gegen sich selbst, d. h. für die Zurückbehaltung der Jahresklasse auf eine noch zu fixierende Dauer zu stimmen. Erster „Sieg" des Ministeriums. . . . Die angekündigte Maßregel — mit der die Radikalen einverstanden sind, nur über die Dauer sind sie oppositioneller Meinung — kostet natürlich Geld. Wer A sagt, muß B sagen. Wer für die Verlängerung der Dienstzeit ist, sei es auch nur um drei Monate, muß das Geld dazu bewilligen. Die Regierung unterbreitet die entsprechenden Forderungen und beschränkt sich dabei ausdrücklich auf die in diesem Jahre notwendigen Ausgaben, die also nötig wären, selbst wenn die Dienstzeit auch nur um drei Monate verlängert würde. Die Radikalen beginnen eine zweite Redeschlacht, um zum Schluß natürlich in der Mehrheit für die geforderten Summen zu stimmen. — Zweiter „Sieg" der Regierung. Nun wollen die Radikalen die Regierung über ihre „Finanzpolitik" interpellieren. Als ob man darüber, besonders wenn man Minister bleiben will, nicht alle möglichen Erklärungen abgeben könnte! Zweifellos wird der Telegraph beim Eintreffen dieser Zeilen einen dritten „Sieg" der Regierung melden. Neugierig kann man sein, wie die Radikalen bei der kommenden Entscheidungsschlacht — sich selber schlagen werden.

Paris, 29. Mai. In seiner heutigen Sitzung erörterte der Senat die bereits von der Kammer angenommene Vorlage betreffend die Forderung von 234 Millionen Frank für die Zurückbehaltung der dritten Jahresklasse unter den Fahnen. Der Sozialist Flaissières bekämpfte lebhaft die militärischen Maßnahmen und betonte, daß kein Ereignis die Regierung gezwungen habe, derart vorzugehen. Kriegsminister Etienne „rechtfertigte" die militärischen Maßnahmen mit der Notwendigkeit, das Gleichgewicht mit der benachbarten Armee wiederherzustellen. — Darauf wurde die allgemeine Beratung geschlossen und der Gesetzentwurf fast einstimmig angenommen.

Eine Interpellation über die „Finanzpolitik" der Regierung brachte der Sozialistisch-Radikale Gheusi in der Deputiertenkammer ein. Gheusi kritisierte die von der Regierung angekündigte Anleihe, die durch nichts gerechtfertigt werde. Man sollte alle Quellen des Reichtums erfassen mittels einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer. (Beifall auf der Linken.)

Finanzminister Dumont erklärte, das Budget für 1914 werde gleichfalls ein Defizit von 100 Millionen haben, ganz abgesehen von den Ausgaben für militärische Zwecke. In Erwiderung auf verschiedene Zwischenrufe erklärte Dumont, jeder wisse, daß Frankreich „eine Politik des Friedens" verfolge und daß die Regierung glücklich sein würde, wenn sie die für die nationale Verteidigung bewilligten Millionen für andere Zwecke verwenden könnte, aber „die internationale Lage" zwänge sie, sie jener zu widmen. (?) Der Finanzminister erklärte, daß Frankreich ohne Provokation und Drohung entschlossen sei, die unerläßlichen Opfer zu bringen. Wenn die Regierung Herr der Finanzpolitik wäre, würde sie nicht zu dieser Politik der Resignation ihre Zuflucht nehmen. Caillaux tadelte scharf die vorgeschlagene Steuer und möchte lieber, daß die Militärausgaben durch eine progressive Einkommensteuer beschafft würden. Ministerpräsident Barthou bekämpfte die Tagesordnung Gheusi, in der die Finanzpolitik der Regierung getadelt wird und stellte die Vertrauensfrage. Hierauf wurde die von der Regierung gebilligte einfache Tagesordnung mit 312 gegen 240 Stimmen angenommen.

England.

Das Koweit-Abkommen vor dem Unterhause. Zur Frage der Bagdadbahn und dem zwischen der englischen Regierung und der Pforte getroffenen Abkommen führte der Staatssekretär Sir Edward Grey im Unterhause u. a. aus: Der Hauptpunkt des Abkommens mit der Türkei ist, daß die Bagdadbahn nicht über Basra hinaus gebaut werden darf ohne die Zustimmung der englischen Regierung und die Regierung trifft keine Vereinbarung, daß eine Fortsetzung gebaut wird. Wir können die Eisenbahn, die seit langem eine Konzession an Deutschland ist, nicht kontrollieren. Zwei britische Direktoren würden zu wenig sein, um eine Kontrolle auszuüben oder die Verwaltung der Bahn zu behindern. Sie könnten uns aber über die Raten und andere Dinge in Kenntnis halten und wir sollten nötigenfalls imstande sein, eine Frage diplomatisch zur Sprache zu bringen auf Grund des Abkommens, das unterschiedliche Raten verbietet. — Mit der Bestimmung, daß die Linie nicht über Basra hinausgehen soll, treffen wir tatsächlich ein Abkommen, das uns von der Furcht und Sorge befreit, die zu einer Zeit bezüglich des Persischen Golfs bestand.

Ein unionistischer Wahlsieg. In Altrincham ist an Stelle des Unionisten Fletcher, der sein Mandat niedergelegt hat, der Unionist Hamilton gegen den Liberalen Kayshuttleworth mit 9409 gegen 8147 Stimmen gewählt worden. Die Majorität Fletchers bei der letzten Wahl betrug 119 Stimmen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Folgen der schwarz-gelben Balkanpolitik. In einer großen Arbeiterversammlung in Lemberg wurde die durch die letzten politischen Ereignisse verursachte wirtschaftliche Notlage des Landes eingehend besprochen. Es wurde darauf verwiesen, daß im Lemberger Baugewerbe allein die Zahl der Arbeitslosen bisher 13 000 übersteige. In den Lemberger Fabriken und Werkstätten nehmen die Arbeiterentlassungen geradezu beunruhigende Dimensionen an. In den galizischen Provinzstädten seien die Verhältnisse ebenso trostlos. Die Versammlung nahm eine Entschließung an mit der Aufforderung an die Regierung, zur Linderung des Notstandes sobald als möglich mit der Vornahme von öffentlichen Bauten zu beginnen.

Ein Generalstabschef als Spion. Die österreichische Armee ist neuerdings wiederum der Herd eines ungeheuerlichen Skandals, gegen den der Fall des Hauptmanns Hofrichter das reinste Kinderspiel darstellt. In Wien hat der Chef des böhmischen Generalstabs, der Oberst Redl, Selbstmord verübt, weil man ihn endlich der gemeinsten Landesverräterei überführt hatte. Seit vierzehn Jahren hatte dieser Mann, der unbegrenztes Vertrauen genoß, dem kein militärisches Geheimnis verschlossen blieb und der in allen Spionageprozessen als Sachverständiger des Generalstabs fungierte, gegen Bezahlung Landesverrat getrieben und von russischen Bestechungsgeldern das Leben eines mehrfachen Millionärs geführt. In den schweren Tagen und Wochen, da sich die russischen und österreichischen Heere auf polnischer Erde zum Schlagen bereit gegenüberstanden, hat der Oberst im österreichischen Generalstab Redl alle Bewegungen der Armee dem Feinde verraten und es diesem ermöglicht, jeden taktischen Zug der österreichischen Heeresleitung im voraus durch seinen Gegenzug zu parieren. So offenkundig war das verräterische Spiel, daß es schließlich zur Entlarvung des Verräters führte, der sich als entlarvter Spion durch einen Revolverschuß dem Spruch des Militärgerichts entzog!

Die österreichischen Militärbehörden haben bisher, dem B. T. zufolge, Andeutungen über die Affäre in der Presse sofort konfiszieren lassen, und suchen durch offiziöse Dementis überhaupt eine Spionageaffäre in Abrede zu stellen. Man versucht das Gerücht zu verbreiten, daß Redl unnatürlichen Neigungen gefrönt habe, und aus Furcht und Ueberdruß vor weiteren Erpressungen seinem Leben ein Ende gemacht habe. Indessen merkt man dieser Darstellung ihre Absicht so deutlich an, daß man sich später amtlich doch zu dem Eingeständnis bequemen muß, daß Oberst Redl bahe den Selbstmord vollführt, als man im Begriffe war, ihn folgender schwerer und nunmehr außer Zweifel stehender Verfehlungen zu überweisen: 1. des homosexuellen Verkehrs, der ihn in finanzielle Schwierigkeiten brachte, 2. des Verkaufs dienstlicher Behelfe geheimer Natur an eine fremde Macht".

Es ist verständlich, daß dieser Fall der österreichischen Armeeleitung überaus peinlich ist. Wirft er doch ein höchst bezeichnendes Licht auf die moralische Beschaffenheit des österreichischen Offizierkorps. Zum anderen aber illustriert er wieder den ganzen verbrecherischen Wahnwitz des Kriegs. Durch die Schurkereien eines einzigen Menschen können Tausende hingemordet, kann ein ganzes Volk in maßloses Elend und Unglück gestürzt werden!

Kleine Auslandsnachrichten. Zuchthaus für einen korrupten amerikanischen Senator. Der amerikanische Senator Stillwell, der der Bestechlichkeit in Verbindung mit der Börsengesetzgebung schuldig befunden wurde, ist zu einer Zuchthausstrafe von unbestimmter Dauer, die nicht weniger als vier und nicht mehr als acht Jahre betragen soll, verurteilt worden.

Neue Kämpfe in Marokko. Der französische General Alix verhinderte am 28. Mai bei der Kasbah M'Sum die Vereinigung zweier aufständischer Haufen. Seine Nachhut schlug einen lebhaften Angriff ab und fügte den Angreifern schwere Verluste zu. Die Verluste der Franzosen betrugen acht Tote und 28 Verwundete. Die vereinigten Kräfte der Aufständischen hatten etwa 5000 Mann betragen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für Schwarzburg-Rudolstadt hielt am 25. Mai seine diesjährige Generalversammlung ab. Das Ländchen hatte bei der letzten Volkszählung 100 689 Einwohner in 7 Städten, 153 Dörfern und 14 Gutsbezirken. Die Zahl der eingetragenen Reichstagswähler betrug bei der letzten Wahl 20 026. Abgegeben wurden 19 511 Stimmen, wovon Genosse Hofmann-Saalfeld 10 164 und der bürgerliche Kandidat 9 264 erhielt. Der Verein zählte am 31. März 46 Ortsgruppen mit 2226 männlichen und 520 weiblichen Mitgliedern, die in 69 Orten wohnen, ein Mehr gegen das letzte Jahr von 415. In 6 Städten gibt es 14 sozialdemokratische Stadtverordnete und in 24 Gemeinden 50 Gemeinderatsmitglieder. Der Bericht über die Tätigkeit des Landtags befriedigte die Generalversammlung nicht völlig, immerhin wirkte von allen Seiten anerkannt, daß unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr für die werktätige Bevölkerung herausgeholt werden konnte. Die Presse hat sich in letzter Zeit recht günstig entwickelt, so daß an eine Erweiterung des Umfanges herangetreten werden konnte. Der Abonnentenstand beträgt im Fürstentum 3410 im 50 Filialen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales und Provinzielles Gottlieb Kasparek. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich A. Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

1324

Durch unseren ständigen Berliner Einkäufer sind wir in der Lage, stets das Neueste schnell und billig in den Verkauf zu bringen.

H. Elkan
Halle a/S. Leipzigerstr. 87. Ecke Brauhausstr.

Auf alle Waren Rabatt-Spar-Vereinigung-Marken Allgemeine-Consum-Marken Beamten-Consum-Marken Auf Wunsch 5% in bar

Der Schürzen-Verkauf beginnt Sonnabend den 31. Mai und endet Freitag den 6. Juni.

7 Schürzen-Tage 7

Im Erfrischungsraum: alle Getränke Kaffee, Schokolade, Limonade . . . . . 5 Pf.

Schürzen zu ganz aussergewöhnlichen Preisen.

1328

Eine Serie Schürzen zum Einheitspreise 95 Pf.
— Spezial-Schaufenster —
Teeschürzen weiss, bunt, schwarz.
Miederschürzen weiss, hell, dunkel.
Reformschürzen gemustert und glatt.
Wirtschaftsschürzen hell, dunkel, schwarz.
Kinderschürzen weiss, schwarz, bunt, alle Längen.
Russen-Kittel weiss, farbig, zum Aussuch.
Spielhosen.

Knaben-Schürzen gestr. o. glatt. Knab.-Satin, in schön. Ausführg., auch Manschg.-Schürzen, St. 95 45 38 Pf.

Tee-Schürzen weiss und bunt, mit Träger, Stickerei od. Bauerband garniert 1.58 1.38 95 75 58 Pf.

Mieder-Schürzen u. Blusen-Schürz. a. gut. blauen Satin, o. farb. Ginghstoffe, u. mod. bunt. Besatz oder einfarbigem Besatz 2.95 1.95 1.58 1.38 95 58 Pf.

Reform-Schürzen aus glattem oder gemust. Gingham und dunkl. Satin, allerneueste Ausführung 2.50 1.95 1.58 1.38 95 Pf.

Wirtschafts-Schürzen schön weite Schürz. mit breiten Bordüren garniert, gemust. u. glatter Gingham 1.55 1.38 95 58 Pf.

Weisse Schürzen Serviersch. m. Trägern u. m. schön. Stickerei garniert 2.25 1.95 1.25 95 Pf.

Geschäfts-Schürzen schwarz, m. Knöpfen oder Bändern, gutsitzend, Panama und Lüster, 2.75 1.95 1.50 95 Pf.

1 Posten Kinder-Schürzen, schwarz Panama u. fb. Waschstoffe, sehr billig, zum Aussuchen . 58 38 Pf.

Teeschürzen schw. m. u. ohne Träg., mit schönen Besätzen, in Satin und Alpaka 1.75 1.38 95 38 Pf.

Kinder-Schürzen weiss, mit Stickerei und Band, schwarz mit schwarzen und bunten Besätzen, farb. Satin, Gingham, alle Längen, 1.45 95 58 38 Pf.

Eine Serie Schürzen zum Einheitspreise 58 Pf.
— Spezial-Fenster —
Kinderschürzen bunt und schwarz, verschiedene Grössen.
Wirtschaftsschürzen gestreifter Gingham.
Teeschürzen, bunt Satin.
Blusenschürzen waschechter Gingham.
Wirtschaftsschürzen gestreifter Gingham.
Zierschürzen, schwarz Satin.
Russenkittel weiss und farbig
— zum Aussuchen. —

Der Schuh.

Ein Extra-Posten Herren- u. Damen-Stiefel sonstige Preise bis 14.50, darunter eleg., ringsum lackbes. Herren- u. Damen-Stiefel, od. Pa. Herren- u. Damen-Stiefel, mit u. oh. Lackkappe, darunter auch Goodyear Welt-Stiefel, ohne Ausnahme 8.75

Der Schuh.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130531-15/fragment/page=0003

ca. 1000 Paar farbige Schuhe und Stiefel

fabelhaft billig

bietet unser Reklame-Verkauf!

Weil wir nachstehende Artikel nicht mehr fertigen, können wir diese Restbestände spottbillig verkaufen.

1335

Herren-Abteilung

Serie I	**Braun Chevreau-Schnürstiefel,** teils Derbyschnitt und Lackkappen, bisher bis 10.50 . . . . . jetzt	6.90
Serie II	**„CONDOR-PATENT"-Schnürstiefel** ohne zu schnüren, braun Chevreau, bisher 12.50 . jetzt	7.90
Serie III	**„Goodyear-Welt"-Schnürstiefel** Ia braun Chevreau, Derby, m. u. o. Lackkapp., elegant-schlank, bisher 12.50 jetzt	7.90
Serie IV	**„Goodyear-Welt"-Schnürstiefel** ff. braun Chevreau, Luxusausführung, bisher 16.50 jetzt	10.90
Serie V	**„Goodyear-Welt"-Schnürstiefel** ff. braun Boxcalf, Luxusausführung bisher 16.50 jetzt	12.50

Mädchen- und Knaben-Abteilung

SERIE I	**Braun Ziegenleder-Knopfstiefel** Grösse 31/35 bisher 5.20 . . . . . jetzt	3.90
SERIE II	**Braun Chevreau-Knopfstiefel** m. u. o. Lackkappen, eleg., Gr. 31/35, früh. bis 8.25 jetzt 4.90, Gr. 25/30 bis 7.25 jetzt	3.90
SERIE III	**Braun Ziegenleder-Knopfschuhe,** Grösse 31/35 früher bis 4.80 jetzt 2.90, Grösse 25/30 früher bis 4.00 jetzt	2.50
SERIE IV	**Braun Chevreau-Spangenschuhe,** Grösse 31/35 früher bis 6.50 jetzt 4.50, Grösse 25/30 früher 5.50 jetzt	3.50

Turn-Schuhe

für Kinder, Damen und Herren

Braun Rindleder-Turnschuhe, kräftige Ledersohle, ohne Absatz
Größe 25-30 früh. b. 2.80 jetzt **1.50** Größe 31-35 früh. b. 3.30 jetzt **1.90** Größe 36-42 fr. bis 3.90 jetzt **2.50** Größe 43-46 fr. bis 4.90 jetzt **2.90**

Damen-Abteilung

SERIE I	**Ia Braun Ziegenleder-Knopfstiefel** in vorzüglicher Passform, bisher 7.50 . . . . . jetzt	3.90
SERIE II	**Braun Chevreau-Schnürstiefel** elegante Formen, bisher 8.50 . . . . . jetzt	4.90
SERIE III	**„Goodyear-Welt"-Knopfstiefel** Ia braun Chevreau, bisher 12.50 . . . . . jetzt	7.90
SERIE IV	**Braun Chevreau-Schnürstiefel** mit elegantem Stoffeinsatz, sehr kleidsam, bisher 10.50 . . . . . jetzt	7.90
SERIE V	**„Goodyear-Welt"-Schnürstiefel** Ia braun Chevreau, teils m. Lackkapp., bisher 12.50 jetzt	7.90
SERIE VI	**Goodyear-Welt-Schnürstiefel,** ff. braun Chevreau, Derby, Lackkappen, Luxusausführ. bisher 18.— . jetzt	12.50
SERIE VII	**Braun Leder-Spangenschuhe** Grösse 37—39. 42, bisher 2.95 . . . . . jetzt	1.90
SERIE VIII	**Braun Ziegenleder-Spangenschuhe** bisher 4.50 . . . . . jetzt	2.90
SERIE IX	**Braun Ziegenleder-Knopfschuhe** mit hohem und niedrigem Absatz, bisher 5.50 . jetzt	3.20
SERIE X	**Braun glatt Ziegenleder-Spangenschuhe** modern-bequeme Form, bisher 5.50 . . . . . jetzt	3.90
SERIE XI	**„Pumps"** (ausgeschnitt. Schuh) und **Spangenschuhe** braun Chevreau, bisher bis 7.50 . . . . . jetzt	4.90
SERIE XII	**Schnürschuhe** mit Stoffeinsatz braun und schwarz Chevreaubesatz, bisher 7.50, jetzt	5.90

Füll-Leisten
früher bis 2.— M., jetzt **75** Pf.

Damen-Leinen-Schuhe und -Stiefel
sowie Kinderstiefelchen schwarz und braun
bedeutend unter Preis

Gummi-Absätze
: bedeutend herabgesetzt :

Nur solange Vorrat reicht. ÷ Beginn: Sonnabend, den 31. Mai.

Schuhwarenfabrik
Conrad Tack & Cie Akt. Ges.
Burg b. Mgdb.

Verkaufsstelle: Conrad Tack & Cie.

Halle: Schmeerstr. 1. Telephon 240.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130531-15/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 125 — Halle (Saale), Sonnabend den 31. Mai 1913 — 24. Jahrg.

Zur Unterzeichnung bereit.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist der im Namen der Verbündeten abgefaßte Protokoll-Entwurf an sämtliche Kriegführenden geschickt worden. Bulgarien wird den Friedensvertrag heute im Auswärtigen Amt in London unterzeichnen, wie es von der englischen Regierung gewünscht wird. Die serbischen Delegierten haben gleichfalls Anweisung erhalten, den Vertrag zu unterzeichnen. Auch Griechenland hat angesichts der Zusicherungen, die es von der Türkei erhalten hat, beschlossen, den Friedensvertrag ohne Zusätze zu unterzeichnen. Dieser Beschluß ist dem Auswärtigen Amt mitgeteilt worden.

Konstantinopel, 29. Mai. Auf der Pforte wird berichtet, daß die erste offizielle Zusammenkunft zwischen Bulgarien und der Türkei mit den übrigen Balkanverbündeten am 31. Mai stattfinden werde. Möglicherweise wird auch die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien zu dieser Zeit erfolgen, so daß der Krieg, der am 17. Oktober 1912 begonnen hat, nach einer Dauer von mehr als sieben Monaten auch offiziell beendigt sein wird.

Die hadernden „Verbündeten".

Sofia, 29. Mai. Die Rede des serbischen Ministerpräsidenten hat hier außerordentliche Wirkung hervorgerufen. Man betrachtet sie als Kriegsfanfare gegen Bulgarien und als eine Herausforderung, die zugleich die bulgarische Waffenehre beleidigt. In ganz Sofia herrscht eine Erregung, welche mit der, die zu Beginn des Krieges herrschte, vergleichbar ist. Der Versuch des Ministerpräsidenten Pasitsch, die dem Vertrage widersprechenden Mehrforderungen Serbiens damit zu begründen, daß Serbien aus Rücksicht auf die Erfolge des ganzen Krieges auf den ihm in dem Vertrag mit Bulgarien angeblich zugesicherten Zugang zur Adria verzichtet habe, wird hier als ein Manöver bezeichnet, um Bulgarien gegen Oesterreich-Ungarn scharf zu machen. Den auswärtigen Korrespondenten wird an zuständiger Seite erklärt, daß der Bündnisvertrag keine Zusicherung des Adriazuganges für Serbien enthält. Die Situation wird hier überaus kritisch beurteilt. Es fand spät abends ein Ministerrat statt.

Der griechisch-bulgarische Konflikt.

Athen, 29. Mai. Trotz der äußeren Besserung der Beziehungen zwischen Griechenland und Bulgarien infolge der geplanten Zusammenkunft des Ministerpräsidenten Venizelos mit Sarafow wird die Lage in unterrichteten Kreisen als äußerst kritisch bezeichnet.

Athen, 29. Mai. (Meldung der Agence d'Athènes.) Nachdem die Bulgaren auf den Höhen von Prawitsch Kanonen aufgestellt hatten, griffen sie am 27. Mai von hier aus ohne jede Veranlassung eine griechische Kompagnie an; über den Verlauf dieses neuen Angriffs ist noch nichts bekannt.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften auf der Leipz. Baufachausstellung.

Vom gewaltigen Fortschritt auf dem Gebiete des gesamten Bauwesens, von Deutschlands hochentwickelter Industrie und Technik spricht diese Ausstellung zu dem Beschauer. Der moderne Bau in seiner Außen- und Innenarchitektur tritt uns überall entgegen.

In den Innenräumen der Ausstellungshallen aber, besonders in den Maschinenhallen, wird der Laie oft voller Bewunderung stehen bleiben, um die fast gigantische Technik moderner Maschinen zu bewundern.

So könnte der Ausstellungsbesucher in dem stolzen Bewußtsein, daß deutsche Kunst, Technik und Wissenschaft erneut ein Beispiel hohen Könnens geliefert haben, die Ausstellung verlassen, wenn er versäumt hätte, die Kehrseite dieser glitzernden Medaille zu besehen. In der Halle für Kunst und Wissenschaft lernen wir schon eine etwas kritische Betrachtung dieser glänzenden Industrieentwicklung. Wir treffen dort einige Bekannte von der hygienischen Ausstellung in Dresden wieder. Das Reichsversicherungsamt hat auch hier in tabellarischen und statistischen Darstellungen die Leistungen der Arbeiterversicherung gezeigt. Tischmodelle und Photographien zeigen uns Heilstätten und Invalidenheime, die den flüchtigen Ausstellungsbesucher oft zu bewundernden Aussprüchen veranlassen, ohne daß er bedenkt, wie viel Wunden hier geheilt werden mußten, die der Industrialismus dem Arbeiter schlug. Während hier die sogenannte Arbeiterwohlfahrt zur Anschauung gelangt, sind in derselben Abteilung aber auch schon die Gefahren, denen die deutschen Arbeiter im Baugewerbe und in der Industrie ausgesetzt sind, treffend dargestellt. Photographien und Präparate über die Berufskrankheiten der Bauarbeiter geben hier ein Bild erschütternder Tragik. Professor Dr. Sommerfeld zeigt an verschiedenen Präparaten die den menschlichen Körper verheerenden Bleivergiftungen und an einer großen Reihe anderer Präparate Erkrankungen durch andere gewerbliche Gifte und Berufskrankheiten. Ihm reiht sich Professor Dr. Rieder-Leipzig mit einer Ausstellung über die Hautkrankheiten der Maurer an, und der Ohrenarzt Dr. Alfred Peyser-Charlottenburg zeigt an ebensolchen Präparaten und Photographien die Bauarbeit in ihrem Einfluß auf menschliche Gehörorgane.

Sind hier neben der Unfallstatistik auch Unfallerkrankungen und Berufskrankheiten gezeigt, so war es notwendig, auch ihre Verhütung darzutun. [redacted] der Ausstellung sonst gewesen wäre, hat [redacted]abteilung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ausgefüllt. Damit wurde zugleich auch ausgedrückt, daß die Arbeiter den Arbeiterschutz als grundsätzliche Forderung vertreten müssen: Die Arbeiterversicherung lindert nur die schädlichen Folgen der Industriearbeit, der Arbeiterschutz soll sie verhüten.

Die deutschen Gewerkschaften sind keine Neulinge als Aussteller. Sie haben sich mit Erfolg schon darin betätigt; so besonders bei Heimarbeitsausstellungen. Aber auch einzelne Verbände, so der der Steinmetzen und der der Holzarbeiter, waren auf anderen Ausstellungen schon vertreten. Vor zwei Jahren, bei der Dresdner hygienischen Ausstellung, planten die Zentralverbände eine Ausstellung größeren Stils, in der außer Bauarbeiterschutz auch wieder Heimarbeiterschutz und überhaupt die Hausindustrie mit ihren Schädigungen und vor allen Dingen die kolossalen Gefahren der chemischen Industrie zur Darstellung gebracht werden sollten. Scharfmacherkräfte hatten damals den Plan der Generalkommission und der ihr angeschlossenen Verbände hintertrieben. Sie waren auch diesmal wieder am Werke, allerdings erfolglos, denn die Ausstellungsleitung in Leipzig schenkte den Scharfmachern nicht so williges Gehör wie die Dresdner. Wäre damals die Ausstellung somit umfassender und vollständiger geworden, so darf man doch von der Ausstellung der deutschen Zentralverbände in Leipzig behaupten, daß sie auf dem engeren Gebiete des Bauarbeiterschutzes als wohlgelungen bezeichnet werden kann.

Zeigen sonst die anderen Aussteller, die Industrie- und Baufirmen, ihr großes Können, wobei sie als Aussteller auch wesentlich als Geschäftsunternehmer geschäftlich interessiert sind, so wird hier im Gebäude der Generalkommission frei von diesen Hauptabsichten nur vom Standpunkt der Technik und Wissenschaft aus das Ausstellungsobjekt dem Besucher gezeigt.

Da steht ein unscheinbares Haus, mit Gerüsten rings umstellt. Von seinem Giebel herab leuchtet weithin über das Ausstellungsgelände ein Schild: „Bauarbeiterschutz". Es ist die Ausstellung der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission. Doch der Schwarm der Ausstellungsbesucher wendet sich ihm selbst am „billigen Sonntag" weniger zu, in der Meinung, daß es sich hier um ein noch unfertiges Ausstellungsobjekt handelt. In der Ausstellung ist noch vieles unfertig, und das Haus der Generalkommission auf der Ausstellung macht auf den Nichtkenner äußerlich den Eindruck des Unfertigen, eben weil Gerüste an ihm angebracht sind. Doch dieser Bau soll weder Baukunst zeigen, noch durch architektonische Schönheit auffallen. **Das Haus ist hier nur Kulisse, die Gerüste an ihm sind das eigentliche Ausstellungsobjekt.** Alle diese Gerüste, die da zu sehen sind, werden während der Ausstellung zu stehen bleiben. Durch sie soll den Ausstellungsbesuchern, besonders den Ingenieuren, Bauherren, Technikern und Interessenten ein Anschauungsunterricht erteilt werden, wie bei Häuserbauten Gerüste beschaffen sein müssen, damit sich kein Unfall ereigne. An diesem Gerüst werden die Forderungen der Bauarbeiter für einen besseren Bauarbeiterschutz demonstriert, wird das absolut Notwendige für die Unfallverhütung gezeigt. Die Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Glaser, Töpfer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Steinarbeiter und Steinsetzer zeigen hier, was im Innen- und Außenbau von ihnen als Bauarbeiterschutz erstrebt wird, um Unfälle zu verhüten. Sie haben denn auch nicht allein durch die Ausstellung der Gerüste theoretisch und demonstrativ bewiesen, daß Unfälle zu verhüten sind, sondern durch die Praxis. Beim Bau des Hauses der Generalkommission geschah kein Unfall, an ihm klebt kein Blut, so interessiert auch von anderer Seite darauf gewartet wurde, daß auch dort, wie in anderen Ausstellungshallen die Behauptungen der Unternehmer und der Berufsgenossenschaften bestätigt werden sollen, wonach im Baugewerbe die Zahl der Unfälle durch weitere Schutzeinrichtungen nicht mehr verringert werden könnten.

Eine Bauhütte für Bauarbeiter, ein transportabler Unterkunftsraum für Straßenarbeiter, eine Schutzhütte für Steinmetzen, Aborte mit den notwendigen sanitären Einrichtungen für Bau- und Straßenarbeiter vervollständigen das Aeußere des Ausstellungsobjektes.

Im Innenraum des Hauses aber erhielt das Völkerschlachtdenkmal ein Pendant. Vom Schlachtfeld der Arbeit erzählen uns hier tabellarische Darstellungen und Photographien, vom Schlachtfelde, das alljährlich von Hunderttausenden deutscher Arbeiter bedeckt ist und ohne Unterbrechung ständig neue Opfer sieht. Der Tod von 9443 Arbeitern und die Schmerzensschreie von 716 584 durch Unfälle Verletzten im Jahre 1911 sind wuchtige Anklagen gegen den unzureichenden Arbeiterschutz in Deutschland. Und anklagend gegen den unzureichenden Arbeiterschutz recken die vom Holzarbeiterverband in Photographien ausgestellten, entsetzlich verstümmelten Hände der Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter sich in die Höhe, zeigen die vom Malerverband ausgestellten verkrümmten Gliedmaßen und entstellten Gesichter der Bleikranken, welche Verwüstungen an Menschenleben und Gesundheit der menschenfressende Kapitalismus anrichtet. Der Metallarbeiterverband zeigt an elektrisch beleuchteten Glasphotographien, mit welcher Tollkühnheit der Arbeiter in schwindelnder Höhe in Eisengerüsten und Brückenbauten herumklettern muß, ohne irgendwelche Schutzvorrichtungen, während der Steinarbeiterverband das Gesundheitsschädliche und Gefährliche der Steinbrüche vorführt.

Anklagen gegen den unzureichenden Arbeiterschutz! Nicht tendenziös, man kann sagen: unpersönlich treten sie dem Ausstellungsbesucher gegenüber. Er sieht, was an Unfällen und Erkrankungen verhütet werden könnte, wenn ausreichende Schutzvorrichtungen in Uebung wären.

Unsere deutschen Gewerkschaften sind immer mehr dazu übergegangen, ihre sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung nicht allein in Eingaben und Resolutionen niederzulegen, sondern sie durch Tatsachen zu begründen. Eine solche Tatsachenbegründung für besseren Bauarbeiterschutz ist die Ausstellung der Gewerkschaften in der Leipziger Baufach-Ausstellung.

Einhal'ung des Tarifvertrages — eine Bedrohung.

Zwischen dem Unternehmerverband für das Baugewerbe in Chemnitz und dem Zimmererverband besteht ein Tarifabkommen, wonach die Arbeitszeit in den Wintermonaten 7½ Stunden täglich beträgt. Ausgedehnt bis über die normale Stundendauer kann diese Arbeitszeit nur werden, wenn besondere im Vertrage festgelegte Gründe vorliegen.

Beim Bau eines großen Warenhauses im Chemnitz hatten zwei organisierte Zimmerer diesen Vertrag verletzt. Der Geschäftsführer der Chemnitzer Zahlstelle des Zimmererverbandes machte, nachdem eine Mitgliederversammlung sich mit dieser Sache beschäftigt hatte, die beiden Mitglieder des Verbandes in ruhiger, sachlicher Weise auf den Tarif und die Konsequenzen ihrer Handlungsweise aufmerksam. Zwei Vertrauensleute des Verbandes, die mit ihnen auf der Baustelle zusammen arbeiteten, wiesen darauf hin, daß die tariftreuen Organisierten, wenn das tarifwidrige Verhalten (Verstoß gegen die Ueberstundenbestimmung) nicht aufhöre, gezwungen seien, die Arbeit niederzulegen. Nach Verlauf eines Vierteljahrs strengten die beiden, nachdem sie aus der Organisation ausgeschlossen waren — der eine hatte vergeblich versucht, wieder in den Verband aufgenommen zu werden —, wegen der damals gefallenen Aeußerungen Klage an. Und das Schöffengericht verurteilte die zweiVertrauensmänner des Zimmererverbandes wegen Bedrohung zu je zwei Tagen Gefängnis. — Nach diesem Urteil sind die Funktionäre der Gewerkschaften bei pflichtgemäßer Ausübung ihres Amtes ständig in Gefahr, ins Gefängnis zu wandern. Der Tarifvertrag ist bindend für beide Parteien. Macht jedoch einer, der die Aufgabe hat, den Arbeitsvertrag zu überwachen, den Pflichtvergessenen (ein Mitglied seiner Organisation, der er sich freiwillig angeschlossen hat!) auf die Folgen seiner Handlungsweise aufmerksam, so wird er wegen Bedrohung ins Gefängnis gesperrt. Die Strafe folgt auf dem Fuße, wenn aus irgendeinem Anlaß ein Verärgerter Strafantrag stellt. — Wie soll denn die Einhaltung eines Tarifvertrages bei dem Tarifbrecher erzwungen werden? Indes: beugen wir uns vor der hohen Weisheit deutscher Richter.

Hafenarbeiterstreik in Emden.

Seit 19. Mai streiken sämtliche im Emdener Hafen beschäftigten Arbeiter. Der Streik wurde durch die fortgesetzten Tarifbrüche und Schikanierungen der Unternehmer veranlaßt. Im Hafen herrscht Kirchhofsruhe. Im Jahre 1910 hatte der Transportarbeiterverband mit den Emder Speditionsfirmen einen Tarif abgeschlossen, der am 31. Dezember 1913 abläuft. Im Juli muß nun ein neuer Tarif abgeschlossen werden. Die Unternehmer wußten, daß sie mit Forderungen der Arbeiter zu rechnen hatten und versuchten daher mit allen Mitteln, eine Zersplitterung in der Arbeiterschaft herbeizuführen. Da Emden bekanntlich als neuer Auswandererhafen auserkoren ist, so fanden sie verständnisvolle Unterstützung bei den großen Reedereien in Hamburg und Bremen. Schnell fanden sie Anschluß an den Hamburger Hafenbetriebsverein. Die Pastoren geben sich viele Mühe, Arbeiter aus anderen Betrieben zu bewegen, ihre Stellung aufzugeben und Streikbrecherdienste zu verrichten. Diakonissenschwestern versuchen, die Frauen der Streikenden zu bestimmen, dahin diese ihre Männer beeinflussen. Aber alles ist vergeblich. Inzwischen haben Werbeagenten etwa 250 Arbeitswillige herbeigelockt, Leute, die ebenfalls der Arbeit nicht gewachsen sind. Der Hafen ist hermetisch abgeschlossen und die ganze Gendarmerie aus Ostfriesland weilt zum Schutze der Arbeitswilligen in Emden; jedoch fand sich bisher noch keine Gelegenheit für sie zum Eingreifen. Durch ruhiges Ausharren im Streik werden die Arbeiter den Unternehmern schon den alten Friesentrutz ins Gedächtnis rufen und den Kampf zu einem guten Ende führen.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 30. Mai 1913.

Sozialdemokratischer Verein.

An die organisierten Frauen!

Genossinnen! In der Zeit der wirtschaftlichen Kämpfe, die einem Teil der Arbeiterschaft des Baugewerbes und anderer Berufe drohten, ist es dringend notwendig, daß auch die Frauen über die Bedeutung der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben informiert sind. Not und Elend sind meist die Begleiterscheinung der Streiks und Aussperrungen. Und wer ist in erster Linie der Leidtragende? Die Mutter, wenn sie ihre Lieblinge unter der Not leiden sieht. Notwendig ist es also, daß auch die Frauen, in erster Linie die organisierten Frauen, sich über die Bedeutung der wirtschaftlichen Kämpfe, der Organisationen, die berufen sind, dieselben zu führen, informieren. Darum Genossinnen, agitiert für den Besuch der Frauenversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche am Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Volkspark stattfindet. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Frauen. Referent Parteisekretär Genosse Hildebrandt; 2. Diskussion; 3. Anträge; 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Künftige Organisation der Krankenkassen in Halle.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reichsversicherungsordnung, soweit die Krankenversicherung in Frage kommt — 1. Januar 1914 —, rückt immer näher heran und noch liegen die bezüglichen amtlichen Mitteilungen über die künftige Gestaltung in Halle nicht vor. Wie wir heute aus gut unterrichteten Kreisen erfahren, hat der Minister für Handel und Gewerbe den von verschiedenen Seiten stark propagierten — von anderer Seite aus Rechtsgründen ebenso stark bekämpften — Plan, die Allgemeine Ortskrankenkasse zur maßgebenden allgemeinen Ortskrankenkasse nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung auszugestalten, entgegen den Vorschlägen des Ober-Versicherungsamtes in Merseburg nicht genehmigt und die Bildung einer neuen allgemeinen Ortskrankenkasse, sowie die Auflösung der bisherigen Allgemeinen Ortskrankenkasse angeordnet. Die noch ausstehende Entscheidung wegen der Gemeinschaftlichen Ortskrankenkasse ist dadurch bedeutungslos geworden, weil diese Kasse bei Errichtung einer neuen allgemeinen Ortskrankenkasse auf ihre Zulassung als Besondere Ortskrankenkasse keinen Wert legte.

Mit dieser Entscheidung ist, wenn anscheinend auch nach recht langwierigen Erwägungen, dem mehrfach und deutlich ausgesprochenen einmütigen Willen der Versicherten und Arbeitgeber insoweit Rechnung getragen, als künftig alle Versicherten und Arbeitgeber — soweit nicht die Innungs- und Betriebskrankenkassen in Frage kommen — in Halle bei einer großen und unseres Erachtens leistungsfähigen Kasse versichert sein werden. Alle bisherigen Ortskrankenkassen und einige Betriebskrankenkassen werden mit dem 31. Dezember 1913 aufgelöst.

Bis zum Inkrafttreten der neuen Satzung, die nach dieser Entscheidung vom Gemeindevorstande zu errichten ist, sind Vertreter der Kassen hinzuzuziehen, so daß zu erwarten steht, daß eine Ordnung geschaffen wird, die im Sinne und nicht gegen den Willen der die Kosten tragenden Versicherten und Arbeitgeber erfolgt und ausreichende Fürsorge für die Erkrankungsfälle schafft. Daß der „liberale" Magistrat der Stadt Halle auch in dieser Frage eine Niederlage erlitten hat, ist gleichfalls eine Tatsache, die nicht ohne Bedeutung ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130531-15/fragment/page=0005

Der Klingelbeutel geht um!

Daß das bevorstehende Regierungsjubiläum Wilhelms II. für alle patentierten und gelegentlichen Patrioten die denkbar günstigste Gelegenheit zum eifrigen Umherschicken zahlloser Sammellisten und dergleichen werden würde, war lange die geheime Angst vieler Geschäftsleute und anderer kleinen Leute. Die kühnsten Befürchtungen sind denn auch durch die Ereignisse der letzten Zeit noch um ein bedeutendes übertroffen worden. Zahlreiche Zeichnungslisten zirkulieren; berufliche, sportliche und andere Vereine und Vereinchen gewisser Art — vielmehr deren übereifrige Vorstände, deren Knopflöcher noch leer sind — mühen sich im Schweiße ihres Angesichts ab. Gelder für alle möglichen und unmöglichen Zwecke zu sammeln, um sie dann dem Jubilar „zu Füßen" zu legen. Ganz besonders die kleinen Geschäftsleute seufzen wegen dieser fortgesetzten Schröpfungen. Ihre Abhängigkeit macht sie so in allererster Linie zu Objekten derartiger Sammelwut. Die Angst vor geheimer Feme, vor Verlust der Kundschaft, zwingt so manchen kleinen Mann zur Hingabe von Geldern, die er im eigenen, geschäftlichen und nicht zuletzt im Interesse seiner Familie dringend nötig hätte. Und dieses Absparen der sauer verdienten Groschen meistens für Zwecke, die seiner Gesinnung vollkommen zuwider sind.

Der große „Schlager" der jetzigen Jubiläumsspenden ist, angeblich um einem längstgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, eine Sammlung für die christlichen Missionen. Da wir in Preußen-Deutschland bekanntlich in den rosigsten Verhältnissen leben, auch der geringste Mann sein Huhn im Topf hat, sollen Millionen über See geschafft werden, um die „Wilden" einer preußischen Kultur entgegenzuführen. Eine aus der Praxis der Warenhäuser entlehnte Reklame ist eröffnet; unzählige Aufrufe, Zeitungsnotizen, Flugschriften sind an Juden, Heiden und Christen verteilt und jüdische und christliche Bankiers sind bereit, die Gelder einstweilen in Verwahrung zu nehmen, um sie alsdann dem „christlichen" Zwecke zugängig zu machen. Man nimmt das Geld, woher es kommt. Geld riecht ja nicht.

„Die Mannigfaltigkeit der Zwecke ermöglicht den weitesten Kreisen die freie Betätigung ihrer besonderen Wünsche" heißt es in einem der zahlreichen Aufrufe! Mit anderen Worten: bist du auch kein allzu eifriger Verfechter des christlichen Missionswesens, vielleicht überhaupt kein gläubiger Christ, gib trotzdem reichlich; die Schwarzen werden dir, wenn wir sie erst christlich abgerichtet haben, schon profitlich nützlich sein. Trotz dieser so schön mundgerecht gemachten Angebote füllen sich die Kassen nur spärlich. Man ist recht enttäuscht. „Unser Halle hat mit seiner Sammlung bisher nur eine bescheidene Summe erreicht" heißt es in einem, einem hiesigen Geschäftsmann in diesen Tagen zugegangenen Bettelbrief. Und weiter stöhnt man: „Halle bleibt nabezu um 100 000 Mk. hinter Magdeburg zurück." Es ist wirklich beschämend!

Nun heißt es mit allen Mitteln die Ehre retten. Die Bettelei ist verdoppelt worden. Man nimmt sich jetzt die Geschäftsleute persönlich vor, es hilft kein Entrinnen. Der sonst so milde, so freundliche evangelisch-soziale Preßverband für die Provinz Sachsen kann auch grob werden. Er jagt jeden Geschäftsmann, auch nichtphysischen Personen, Aktien-Gesellschaften usw. einen persönlichen Bettelbrief ins Haus. Nur Geld, nur die Taschen nicht zuhalten! so lauten seine dringenden Bitten. Und das so mit allen nur erdenklichen Mitteln aus der Bevölkerung herausgezogene Geld wird dann als „freiwillige, nationale Spende" dem erfreuten Jubilar nachgewiesen, damit es — getreu dem Aufrufe — herrlich erglänzt: „Deutschland allzeit voran!" — auch in der Bettelei.

---

* **Vom Etatsausschuß** wurde in der gestrigen Sitzung eine Petition städtischer Beamter um Befreiung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung behandelt. Die Petition wurde als nicht berechtigt angesehen, weil die Petenten seinerzeit eine derartige Versicherung selbst gewünscht hätten. Es soll Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen werden. Eine Petition der städtischen Arbeiter und Handwerker um Lohnerhöhung, Einführung von Arbeiterausschüssen usw. soll ebenfalls durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden, weil dieselbe im Auftrage der städtischen Arbeiter und Handwerker vom Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dessen Vertrauensmann Karl Lorenz unterzeichnet sei. Man stehe wohl der Petition sympathisch gegenüber, es müsse aber verlangt werden, daß dieselbe von wirklich städtischen Arbeitern unterzeichnet sei. Lorenz, der nebenbei als „sozialdemokratischer Agitator" bezeichnet wurde, sei nicht kompetent, für die städtischen Arbeiter zu petitionieren. Wieder ein echt Hallescher Beschluß. Ein Magistratsantrag, die Feuerwehr um neun Mann zu verstärken und eine automobile Motorspritze anzuschaffen, wird in der Stadtverordneten-Sitzung zur Annahme empfohlen werden. Des weiteren sollen an den höheren Schulen zwei neue Lehrerstellen gegründet werden.

* **Die Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag,** den 2. Juni, nachmittags 4 Uhr, enthält folgende Punkte: Oeffentliche Sitzung. Fluchtlinienänderung Sophienstraße. Straßenausbau östlich des Kaiserplatzes. Petition um Erlaß von Straßenausbaukosten. Vermietung von Läden. Umgemeindung einzelner Parzellen. Errichtung eines Gebäudes der Kaiser-Wilhelm und Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung. Festsetzung der Zahl der Stellvertreter des Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Erweiterung der Feuerlösch-Einrichtungen. Stellengründung für das Lyzeum. Desgleichen für das Reform-Realgymnasium. Entlastung der Kämmerei-Rechnung — Kap. XI. Entlastung der Rechnung über Kanalbau Grüne und Kaufenstraße. Entlastung der Rechnung der Gaswerke für 1911. Entlastung der Rechnung der Wasserwerke für 1911. Entlastung der Rechnung der v. Ritterschen Stiftung. Entlastung der Rechnung über Stallbauten Gimritz. Entlastung der Rechnung über Erneuerung der Fenster im Dachreiter der Schweineschlachthalle. Entlastung der Rechnung über Baukonto Stadtgärtnerei. Entlastung der Rechnung über die Düngertransport-Anlage des Schlacht- und Viehhofs. Petition um Befreiung von Beiträgen für die Angestellten-Versicherung. Petition um Lohnerhöhung usw. Petition um Preßgasbeleuchtung für die Gr. Klausstraße. Petition um Erlangung gärtnerischer Arbeiten. Petition um laufende Unterstützung. Petition um Verlegung des Hafenbahngleises. Petition um Unterstützung stenographischer Bestrebungen. Petition um Schankerlaubnis. Petition um Neubelegung des Giebichensteiner Friedhofs. Petition betr. Gondel-Haltestelle Rainstraße. — Nichtöffentliche Sitzung. Wahl von Mitgliedern der Armen-Direktion. Schiedsmannswahl. Anstellung eines Beamten. 2. Lesung. Anstellung eines Beamten.

* **Eine Jubiläumsspende für die Veteranen.** Der Magistrat macht bekannt, daß aus Anlaß des 25jährigen Regierungs-Jubiläums Wilhelms II. 20 000 Mark an alte hilfsbedürftige Veteranen zur Verteilung gelangen sollen. In Frage kommen nur solche Veteranen, welche an einer Schlacht oder einem Gefechte der Kriege 1864, 1866 oder 1870-71 teilgenommen haben, mindestens zehn Jahre in hiesiger Stadt wohnen und kein höheres Einkommen als 1200 Mark haben. Veteranen, auf welche diese Voraussetzungen zutreffen und die noch nicht zur Vorlage ihrer Militärpässe vorgeladen sind, wollen sich am Sonnabend, den 31. d. Mts., vormittags zwischen 8 und 12 Uhr im Zimmer 1a der Rathausinspektion (Rathausgebäude) melden und ihre Militärpässe mitbringen.

* **Schont die Anpflanzungen!** Jetzt, da die wärmere Jahreszeit die Jugend wieder mehr ins Freie lockt, sieht man, besonders in den öffentlichen Anlagen, alltäglich fröhliche Kinderscharen spielen und sich tummeln. So sehr den Kindern das frohe Austoben zu gönnen ist, so bedauerlich erscheint es, daß hierbei den Blumenbeeten und den Sträuchern durchaus nicht die nötige Schonung zuteil wird. Zweige und Aeste werden mutwillig abgerissen, Blumen zertreten und manche Pflanze somit in ihrem Wachstum zerstört. Die kleinen Missetäter ahnen wohl nur selten, wieviel Schaden sie einmal den Pflanzen und Sträuchern zufügen und welche Kosten und menschliche Mühe anderseits die Anlagen erfordern. Um dagegen einigermaßen mit Erfolg zu wirken, sollte der Schulvorstand nach dem Muster der Berliner Schuldeputation die Lehrer anweisen, die Kinder nicht nur eindringlich vor jeder mutwilligen und vorsätzlichen Schädigung zu warnen, sondern Verständnis und Liebe für die Pflanzenwelt und die Schönheit der Natur in ihnen zu wecken. Naturunterricht, Schulausflüge und nicht zuletzt Anleitung zur Blumenpflege sind gegebene Gelegenheiten, in den Kinderherzen die Liebe und das Verständnis für jede Pflanze und somit die Liebe zur Natur zu wecken.

* **Soldatenunfälle bei den 36ern.** Kaum haben die heißen Tage begonnen, laufen auch schon Meldungen ein über die Opfer, die der Krieg im Frieden fordert. Wie der Generalanzeiger berichtet, ereigneten sich beim Füsilierregiment Nr. 36 am Montag auf dem Marsche von Lindau nach Alten-Grabow mehrere Ohnmachtsfälle. Die Betroffenen mußten zurückgelassen werden. Bei dem Einjährig-Freiwilligen Kretschmann von der 9. Kompagnie wurde Hitschlag festgestellt, dem er noch auf dem Transport erlag.

* **„Blutwein".** Unter der Bezeichnung Medizinalwein, Medizinalsüßwein oder Blutwein wird vielfach Wein in den Handel gebracht, wodurch die Annahme erweckt wird, daß der Wein besondere blutbildende oder blutverbessernde Eigenschaften besitze. Da solche Eigenschaften keinem Weine mit Sicherheit beigelegt werden können, muß die Bezeichnung als auf Täuschung berechnet und zur Irreführung der Käufer geeignet angesehen werden. Dieses wird von der Halleschen Polizeiverwaltung hiermit im Interesse der Verbraucher sowie zur Warnung der Verkäufer zur Kenntnis gebracht.

* **Eine Mauer eingestoßen.** Durch einen Lastwagen wurde gestern früh die Hintermauer des Grundstücks Triftstraße 20, Front Brunnenstraße, eingestoßen. Angeblich soll der mit Schienen beladene Wagen infolge der schlüpfrigen Straße ins Rutschen gekommen sein.

* **Vom Auto erfaßt.** Gestern abend wurde vor dem Hause Ludwig-Wucherer-Straße 19 ein Arbeiter, als er an der Haltestelle einen Stadtbahnwagen besteigen wollte, von dem Kotflügel eines vorüberfahrenden Kraftwagens erfaßt und zu Boden geworfen. Der Arbeiter, der anscheinend innere Verletzungen davon getragen hat, wurde mittels des Kraftwagens nach seiner Wohnung überführt. Nach Zeugenaussagen trifft dem Kraftwagenführer die Schuld, weil er auf die einsteigenden Fahrgäste der Stadtbahn nicht geachtet hat.

* **Selbstmord auf einer Harzpartie?** Vom Ilsenstein abgestürzt ist am Dienstag ein Tourist, der am nördlichen Abhang desselben gefunden und nach dem Ilsenburger Krankenhause gebracht wurde. Außer anderen schweren Verletzungen wurden seitens des Arztes Rippenbrüche festgestellt, die den Tod des Verunglückten herbeigeführt haben. Laut der bei dem Toten gefundenen Ausweispapiere ist es der Bankbeamte Weber aus Halle, der auf einer Harztour begriffen war. Wie weiter berichtet wird, hat sich der junge Mann in einem Anfalle geistiger Depression von dem Gipfel des Felsens abgestürzt.

* **Sperrung der Saale beim Blumenkorso.** Der Vorstand des Wasserbauamts macht bekannt, daß die Saale anläßlich des zweiten Blumenkorsos am 22. Juni von nachmittags 2—5 Uhr für Frachtdampfer und Lastkähne gesperrt ist. Näheres ist aus der Bekanntmachung zu ersehen.

Diemitz. Aus der Gemeinde. Der neue Ortsvorsteher von Diemitz hat es durch sein schneidiges, echt preußisches Auftreten zustande gebracht, fast die ganze, sonst so friedliche Einwohnerschaft vollständig umzuwandeln. In einer öffentlichen Einwohner-Versammlung, die am Mittwoch, den 29. Mai, in Zeibigs Gesellschaftshaus stattfand, wurde das Verhalten des Herrn Dr. Berthold zum Gegenstand einer nicht besonders zarten Kritik. Aus den Ausführungen der einzelnen Redner konnte man entnehmen, daß fast keine Bevölkerungsschicht von der allgemeinen Unzufriedenheit verschont geblieben ist. Auf der Tagesordnung stand die Wasserversorgung, Straßenreinigung und sonstige Gemeindeangelegenheiten. Da sämtliche Fragen nur durch das Vorgehen Dr. Bertholds die Allgemeinheit interessierten, war es logisch, daß der Gegenstand der Debatte immer Dr. B. und seine Maßnahmen waren. Zur Charakteristik des Herrn Dr. B. wurde folgendes zutage gefördert: Herr Dr. jur. Berthold, früher in Tempelhof bei Berlin wurde im Dezember 1912 an Stelle des Herrn Scheffelmann gewählt. Es war ein festes Gehalt von 3000 Mk. und 600 Mk. Wohnungsgeld ausgeschrieben und bewilligt. Nach acht Wochen kam Herr Dr. B. mit einer Gehaltsforderung von 2000 Mk. mehr (also 5600 Mk.), welche aber abgelehnt wurde. Es habe so erklärte ein Redner, damals geheißen, ehe die Sache überhaupt vor die Gemeindevertretung gelangt war, Herr B. wolle fort, man müsse die Zulage bewilligen. Die nächste Amtshandlung, die auf Widerstand stieß, war dann die auffällige Entlassung des Amtssekretärs Köte, der bereits 10 Jahre im Amte war, also sehr wohl fähig sein mußte, dies Amt zu versehen. Die Wasserversorgung war durch einen Vertrag, welcher unter Herrn Scheffelmann mit der Stadt Halle abgeschlossen wurde, in die Wege geleitet. Herr Dr. B. erklärte aber den Vertrag nicht als rechtsgültig und wünschte, daß die Wasserversorgung durch die Bahn- und Terraingesellschaft übernommen werden sollte. Das Wasser dieser Gesellschaft ist aber, wie festgestellt wurde, minderwertiger, und eine Garantie für ausreichende Versorgung will die Gesellschaft, trotzdem der Vertrag auf 35 Jahre abgeschlossen werden sollte, nicht übernehmen. Ein weiteres Projekt des Herrn ist dann der Bau eines eigenen Wasserwerks am Deutschberg. Pastor v. Stockhausen wies dabei darauf hin, daß die Bahn- und Terraingesellschaft dort auch angefangen hatte, als sie nach Wasser bohrte. Nach und nach sei die Gesellschaft dann auf das jetzige Gelände gekommen. Am Deutschberge könne es also mit Wasser nicht so arg sein. Nach Voranschlägen eines Tiefbohrunternehmers würde der Kubikmeter Wasser — so wurde durch einen weiteren Redner festgestellt — 60—70 Pf. kosten, während der Vertrag mit Halle (welcher zur Verlesung kam), einen Preis von nur 20 Pf. vorsehe.

Beim Punkt Straßenreinigung wurden dann noch einige Pläne des Dr. B. bekannt gegeben. Herr Dr. B. wünscht Sauberkeit, und dazu will er zwei Inwaliden angestellt wissen, welche die Straßenreinigung für 6—700 Mk. pro Jahr besorgen sollen. Dr. B. hatte dazu erklärt, ein Sachverständiger aus Halle habe mitgeteilt, daß ein Arbeiter im Tage 10 000 Quadratmeter Straße fegen könne. Mit Recht wies dabei ein Redner darauf hin, daß es doch alles andere als schön sei von Dr. B., in demselben Augenblick, wo er für sich 2000 Mk. Zulage bekommt, von einem Arbeiter zu verlangen, für 600 Mk. pro Jahr täglich 10 000 Quadratmeter Straße zu reinigen. Den Höhepunkt der Heiterkeit brachte dann ein Projekt des Herrn Dr. B., eine Kehrmaschine anzuschaffen. Wo dieselbe verwendet werden soll, konnte sich wohl kein Einwohner enträtseln. Es wurde nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß ohne Wasserversorgung die Straßenreinigung undenkbar in eigene Regie übernommen werden könne.

Unter Gemeindeangelegenheiten wurde dann noch bekannt, daß in Diemitz eine sogenannte Jubiläums-Eiche gepflanzt wurde, welche unter Mitwirkung einer Musikkapelle eingeweiht worden ist. Da die Gemeinde bisher noch keine Fahne hatte, mußte bei dieser Gelegenheit auch diese angeschafft werden, so daß dies der Gemeinde zusammen etwa 200 Mk. gekostet hat. Daß Dr. B. den gewählten Gemeindevertretern nicht recht zu trauen scheint, ging aus einer Mitteilung eines Einwohners hervor, nach welcher Herr Dr. B. den Wachtmeister beauftragt haben soll, die Gemeindevertreter zu beobachten und festzustellen, wer gegen Dr. B. ist. Ob die Einwohnerschaft die nötigen Schlüsse aus diesen Vorgängen ziehen wird, wollen wir abwarten. Bisher war es nicht möglich, einen Genossen als Gemeindevertreter durchzubringen. Mit gelegentlichen scharfen Worten ist nichts getan, wenn die Vertreter gehindert werden, ihren Gefühlen auch bei den Abstimmungen Ausdruck zu geben. Zum Schlusse wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 28. Mai in Zeibigs Gesellschaftshaus stattgefundene, starkbesuchte, öffentliche Einwohner-Versammlung ist einstimmig der Meinung, daß die Wasserversorgung eine der wichtigsten Fragen ist und auf dem schnellsten Wege geregelt werden muß. Die Versammlung ist der Meinung, daß der Vertrag mit der Stadt Halle annehmbar ist. Die Straßenreinigung in eigene Regie zu übernehmen sei nicht nötig, da ein Ortsstatut besteht, welches die Hausbesitzer dazu verpflichtet. Weiter protestiert die Versammlung energisch gegen die Entlassung des Gemeindesekretärs Köte, und ist der Meinung, daß Herr K. seine Pflicht stets getan hat."

Vereins- und Vergnügungskalender.

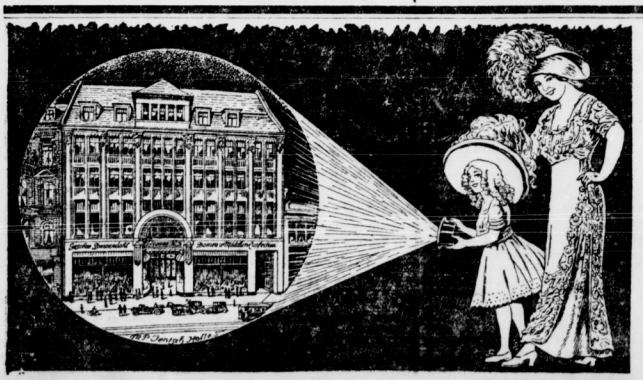
Im Apollotheater gelangt nächsten Sonntag, den 1. Juni, abends 6 und 8½ Uhr in zwei Vorstellungen das gewaltigste Produkt der Filmkunst „Quovadis?" zur Erstaufführung. Nach dem gleichnamigen Roman von Henry Sienkiewicz wurde hier ein Meisterwerk in der Wiedergabe des antiken Roms, der Kaiserherrlichkeit Neros, der Christenverfolgungen, kurz jener großen historischen Zeit gegeben, die von jeher das regste Interesse aller Gebildeten und wissenschaftlich Gebildeten erregte. Der Film, dessen Spieldauer zirka zwei Stunden beträgt, ist mit bisher unerhörten Raffinessen in Szene gesetzt und wird ohne Zweifel allerseits größtem Interesse begegnen.

Walhalla-Theater. Morgen, Sonnabend, ist Abschieds- und Ehrenabend für Jean Blatzheim. Sonntag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, beginnen die allbeliebten Winter-Tymians ihr auf vier Wochen berechnetes Gastspiel. Diese Elite-Herrentruppe bringt im Juni allwöchentlich ein total neues Programm. Der Vorverkauf für die Eröffnungsvorstellung am Sonntag ist eröffnet.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Eigentumsvergehen. Der schon sehr oft vorbestrafte Fleischer Otto Heßler von hier, ein 37jähriger Mann, der gegenwärtig drei Jahre und sieben Monate Gefängnis zu verbüßen hat, hatte im August v. J. weitere Betrügereien begangen. Er verschaffte sich in Zöschen und Merseburg bei Gastwirten unter falschen Angaben Kost und Logis und borgte sich ein Fahrrad, das er bald für 15 Mk. verkaufte. H. wurde zu einer Zusatz-



Unsere sämtlichen Schaufenster
zeigen jetzt die letzten Eingänge entzückend schöner
Kleider, Mäntel, Kostüme,
:: Blusen und Röcke ::
zu unsern bekannten billigen Preisen.
1338
Geschw. Loewendahl

Krafe von acht Monaten Gefängnis verurteilt. — Der erst 19jährige Schneidergeselle Max Wolf, ebenfalls vorbestraft, hat im Januar d. J. in Gräfenhainichen Arbeiter recht empfindlich geschädigt. Er stellte sich Arbeitern gegenüber als Bohrmeister vor, der ihnen gute und lohnende Arbeit verschaffen könne. Die Arbeiter schenkten ihm Glauben, vertrauten ihm ein Fahrrad, Uhr und Geldbeträge an und der Betrüger verschwand mit den Sachen. Einem dortigen Heizer soll er gelegentlich eines Besuches eine Geldbörse mit 60 Mk. Inhalt entwendet haben. W. wurde wegen Betruges zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Der Fall Entwendung der 60 Mk. wurde vertagt.

Aus der Provinz.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.

Jahresbericht.

Laut Beschluß des Parteivorstandes schließt das Geschäftsjahr mit dem 30. März und umfaßt nur neun Monate. Der Bericht erstreckt sich vom 1. Juli 1912 bis 30. März 1913. Auch in diesem Jahre ist der Kreisvorstand trotz ungünstiger Verhältnisse in manchen Orten in der Lage, über einen Fortschritt berichten zu können. Es muß bemerkt werden, daß die ungünstige Konjunktur im Baugewerbe, verloren gegangene Streiks, die Stillegung ganzer Betriebe auf die Parteibewegung hemmend eingewirkt haben. Ebenso konnte eine durchgreifende Agitation, wie sie im vorigen Berichtsjahr zu den Reichstagswahlen stattgefunden hat, wegen Mangel an den nötigen Mitteln nicht vorgenommen werden, obwohl die Bezirkskasse uns zu diesem Zwecke einige Mittel zur Verfügung stellte.

Die Absicht des Kreisvorstandes, in sämtlichen Orten, wo uns zur Reichstagswahl Lokale oder Plätze zu Versammlungen zur Verfügung gestanden haben, im Berichtsjahre wieder Versammlungen abzuhalten, konnte infolge der angeführten Gründe nicht ausgeführt werden.

Oeffentliche Versammlungen haben 24 in 7 Orten, in Lokalen und unter freiem Himmel stattgefunden.

Zur Förderung der Bildung wurden im März in Kemberg, Schweinitz und Holzdorf Lichtbildervorträge von der Genossin Wartenburg aus Hamburg abgehalten. Außerdem wurden zu den verschiedenen Filialversammlungen Genossen aus der Agitationskommission zur Förderung einer planmäßigen Agitation entsendet.

Die Beteiligung der Genossen an der Agitation war befriedigend. So konnte der Stadt- und Landbote, die Kalender und sonstiges Agitationsmaterial pünktlich verbreitet werden. Zur Verbreitung kamen 10 000 Kalender, 50 000 Flugblätter, 15 000 Handzettel und 1000 polnische Kalender und Broschüren. Die Kassenverhältnisse gestalten sich folgendermaßen: Einnahme 3309,64 Mk., Ausgabe 2927,85 Mk., Bestand 381,79 Mk. Von der Bezirkskasse hat der Kreis 200 Mk. erhalten.

Bei Beginn des Geschäftsjahres waren 820 und am Schlusse 879 Mitglieder vorhanden, also ein Mehr von 59 Mitgliedern. Dieselben verteilen sich auf 13 Bezirke und 41 Orte. Gewerkschaftsmitglieder sind zirka 2500 im Kreise vorhanden. Soweit dem Kreisvorstand bekannt geworden ist, haben die Mitgliederversammlungen regelmäßig stattgefunden. Volksblattfilialen bestanden in 8 Orten.

Drei gerichtliche Bestrafungen haben wir zu verzeichnen, und zwar eine wegen Veranstaltung eines öffentlichen Aufzugs mit 10 Mk. und eine wegen Beschäftigung Jugendlicher; hiergegen wurde Berufung eingelegt und Freispruch erzielt. Die dritte Strafe wurde wegen angeblicher Beleidigung des Landrats von Trotha durch den Reichstagskandidaten Genossen Julius Hildebrandt ausgesprochen. Der öffentliche Ankläger erzielte eine Geldstrafe von 200 Mark. Eine von verschiedenen Parteigenossen gegen den Landrat angestrengte Beleidigungsklage wurde zurückgewiesen. Den Parteitag besuchte der Genosse Hildebrandt. Die Agitationskommission hielt 8 Sitzungen ab, in welchen bei gutem Besuch alle Agitationsarbeiten ihre Erledigung fanden. Bezirksführerkonferenzen wurden zwei, in Schweinitz und Kemberg, abgehalten. Dieselben waren gut besucht.

An Eingängen und Ausgängen sind je zirka 400 zu verzeichnen. Viele Angelegenheiten wurden durch mündliche Aussprache erledigt, und ist der Kreisvorstand der Ansicht, auch in diesem Jahre seine Schuldigkeit getan zu haben.

Immer noch steht uns ein großes Stück Arbeit bevor. Es gilt, den Kreis zu gewinnen. Wir richten an alle Parteigenossen die dringende Mahnung, bei allen Agitationsarbeiten behilflich zu sein.

Auf zur neuen Arbeit!

Der Kreisvorstand.

Wittenberg. Die Stadtverordneten kamen zu einer kurzen Sitzung zusammen, um der Form halber nochmals über die Anstellung des zweiten Bürgermeisters zu beschließen. Die letzte Sitzung war nämlich entgegen der Städteordnung, die 3 Tage verlangt, nur 2 Tage vorher einberufen. Natürlich fiel das diesmalige Wahlresultat für den Hauptkandidaten, Dr. Thelemann, noch weit günstiger aus als am vorigen Male; er erhielt 24 Stimmen von 25 Anwesenden. Der Erste Bürgermeister Dr. Schirmer erläßt hierauf noch einen beweglichen Appell an die Bürgerschaft zur Uebernahme von Freiquartieren gelegentlich der Jubiläumsfeier des hiesigen 20. Infanterieregiments. Man erwartet, daß für etwa 3000 Mann Quartier geschaffen werden muß. Selbst die Schulen sollen zu Hilfe genommen werden und aus diesem Grunde bei der Regierung eine Verlegung der Schulferien um eine Woche beantragt werden. Der Ferienanfang soll danach auf den 24. Juni fallen. Warten wir es ab, inwiefern die Regierung den Wünschen unserer Hurrapatrioten entgegenkommt. Die Arbeiterschaft hat jedenfalls keine Veranlassung, an dem Gelingen dieses Festes, dessen Ursache und Zwecke rein militärischen Charakter tragen, mitzuwirken.

— Beim Baden ertrunken. Beim Baden in der Elbe an verbotenen Stellen sind der 18jährige Schneiderlehrling Curt Michel, aus Mühlhausen in Thüringen gebürtig, und der 16jährige Sohn des Portiers Hötig ertrunken.

Kleinwittenberg. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde das Gesuch wegen Anstellung einer unparteiischen Leichenwäscherin, da kein Grund hierzu vorliegt, abgelehnt. Zur Unterbringung der A. B. in eine Lungenheilstätte in Oranienbaum wurden 40 Mk. bewilligt. Die Anordnung des Kreisbrandmeisters, eine Umpflasterung im Spritzenhause vorzunehmen, wurde abgelehnt. Ein Antrag des Verschönerungsvereins, das Denkmal und Einfriedigung d. selben auf dem Marktplatze mit einem neuen Anstrich zu versehen, wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Beschlossen wurde, die westliche Seite des Marktplatzes demselben Verein zur Herrichtung von Anlagen freizugeben. Es dürfen also von jetzt ab nur die angelegten Wege benutzt werden. Böswillige Uebertretungen können eventl. bestraft werden. Anklagen des Vorstehers gegen den Nachtwächter wegen Nichtausführung der ihm übertragenen Arbeiten sollen in der nächsten Sitzung geregelt und der Nachtwächter dazu geladen werden. Die Spritzenhaustore und Friedhofspumpe sollen gestrichen werden. Die Lieferung einer wasserdichten Plane zur Bedeckung des Leichenwagens wurde Herrn Hamann übertragen. Die Tische, Bänke und sonstigen Utensilien der Kleinkinderschule sollen öffentlich verkauft und die Schule als Wohnung hergerichtet werden. Der Vorsteher gab bekannt, daß die Wiesenparzelle Nr. 20 auf drei Jahre an den Landwirt Lerm zu Schmilkendorf verpachtet ist.

Kemberg. Einbruch. Bei dem Holzhändler Strench drang ein Dieb in das Kontor, erbrach das Pult und stahl 500 Mark. Der Verdacht lenkte sich sofort auf den Kutscher Suppe aus Berlin, der bei Strench in Arbeit stand und seit dem Einbruch verschwunden ist. Es hat den Anschein, als ob er sich mit seinem Raube nach Berlin gewandt habe.

Vereine und Versammlungen.

Sangerhausen. Gewerkschaftskartell. Laut Beschluß der Kartellkonferenz soll für den Regierungsbezirk Merseburg ein eigenes Bezirkssekretariat errichtet werden. Das Gewerkschaftskartell beruft deshalb auf Dienstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, eine Kartellsitzung ein, zu der auch sämtliche Vorstände der Gewerkschaften geladen werden, um über die Kostenfrage zu verhandeln. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Allerlei.

Christliche Duldsamkeit.

Das Monistische Jahrhundert erzählt folgende erbauliche Geschichte von der Toleranz der christlichen Kirche:

Sie ist einfältiger, wackerer Leute Kind, dient in Dresden-Blasewitz als Magd — und tötet sich. Der Arzt bescheinigt, daß die Unglückliche in geistiger Umnachtung gehandelt. Der Dienstherr läßt der Toten, um den hartbetroffenen Eltern doch einen Trost zu schaffen, einen schönen Grabstein setzen mit der üblichen Inschrift: „Hier ruhet in Gott . . .“ Aber die Kirche, die mit Gott in genauer Verbindung steht, widerspricht. Der Stein muß weg. Der Dienstherr läßt ihn abschleifen und das Aergernis „Gott“ beseitigen. Die Inschrift lautet alsbald „Hier ruht in Frieden . . .“ Doch auf einem christlichen Friedhofe darf eine geistig kranke Selbstmörderin auch nicht in Frieden ruhen. Die Kirche detretiert demgemäß. Der Stein wird also zum zweiten Male abgeschliffen. Jetzt gibt er nun an: „Hier ruht sanft . . .“ Da im ganzen lieben Europa ja doch kein verständiger Mensch mehr glauben kann, daß die arme, im Grabe von der barmherzigsten aller Kirchenbehörden so herb gerichtete Unschuld auf diesem „Friedhof“ sanft ruhe, genehmigten die Nachfolger des „Friedefürsten und Menschenknechts“ gnadenreich den Text.

Und da jammern die Frommen auf ihren Tagungen über die immer mehr zunehmende Ungläubigkeit der Massen. Letzten Endes sind die Zeloten doch selbst daran schuld, wenn die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß das Treiben der Frommen mit wahrer Religiosität wenig gemein hat.

Preußische Landratsorgen.

Man schreibt dem B. T.: Der Geschäftskreis des preußischen Landrats ist bekanntlich ungemein ausgedehnt. Wie vielseitig diese Tätigkeit ist, geht wieder aus folgender Bekanntmachung hervor, die der Landrat Freiherr v. Salmuth im letzten Liegnitzer Kreisblatt unter Nummer 346 veröffentlicht: „20 Mk. Belohnung! Seit dem 13. Mai 1913 wird ein rotbrauner, langhaariger Jagdhund (Irish-Setter), ausgesprochene leichtenstein rotbraune Farbe, dem Herrn Generalmajor von Conta hierselbst gehörig, vermißt. An den Läufen sind am Schwanz haarige Fahne von etwas hellerer Farbung. Farbe der Augen hellbraun, Größe etwa 60 bis 70 Zentimeter und auf den Namen Wolf hörend. Er hatte um den Hals ledernes Halsband mit Namen auf gelbem Schilde und angeheftete Hundesteuermarke. Die beiden Hälften des Halsbandes waren durch Ringe ineinander zu stecken, von dem der eine aus Eisen, der andere aus Messing geferligt waren. Die äußerste Spitze des ledernen Schnallendes war nach dem Durchziehen durch die Schnalle mittels Schraubenknopf am Halsbande wieder befestigt. Ich ersuche, nach dem Verbleib des Hundes Nachforschungen anzustellen und eventuell für die Ablieferung des Hundes an den Eigentümer Sorge zu tragen. Liegnitz, den 19. Mai 1913. Der Königliche Landrat. Freiherr v. Salmuth.

Hier haben wir wieder einmal ein wahrhaft erhebendes Beispiel dafür, mit welch geradezu väterlicher Fürsorge ein preußischer Landrat sich der Interessen der Bevölkerung des ihm verwalteten Kreises annimmt.

Kriegsschiffe gegen — Fischerkähne!

Eine Anzahl fremder, angeblich deutscher (?) Kriegsschiffe, die vor Christiansund manövrierten, sind nachts mitten in eine norwegische Fischerflotte gefahren und haben an deren Netzen und Gerätschaften bedeutenden Schaden angerichtet. Auf die Signale der Fischer sollen die Kriegsschiffe, der Frkf. Ztg. zufolge, überhaupt keine Rücksicht genommen haben.

Hoffentlich erfährt man noch, welche Kriegsflotte sich mit solch unsterblichem Ruhme bedeckte!

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

In der Dynamitfabrik Paulilles bei Port Vendres (Frankreich) erfolgten am Donnerstag morgen kurz nacheinander drei Explosionen. Die Apparate zur Herstellung von Sprengstoffen flogen in die Luft, die Trümmer des Gebäudes wurden bis ins Meer geschleudert. Man spricht von sechs Toten und mehreren Verwundeten. Drei Tote sind bisher aufgefunden worden. Drei Personen werden vermißt.

Im Stollen des Leitschwerkes bei Mühlau in Oberbayern, eines Elektrizitätswerkes, stürzten beim Auswechseln der Zimmerung für die Betonierung Erdmassen zusammen und begruben vier Arbeiter. Von den Verunglückten wurde einer tot aufgefunden, während der zweite starb, als er wieder an das Licht kam, der dritte ist tödlich verletzt.

Zwei Edelste und Beste.

Das Pariser Zuchtpolizeigericht verurteilte den aus Galizien stammenden Grafen Sobanski, der durch Fälschung von Pfandscheinen verschiedene Juweliere um beträchtliche Geldsummen betrogen hatte, zu zwei Jahren Gefängnis und dessen Mitschuldige, die Prinzessin (!) Puzina, zu einem Jahre Gefängnis. Sobanski hatte erklärt, daß er die Betrügereien nicht des Geldes wegen verübt hatte, sondern weil es ihm „Vergnügen“ bereitete, die Leute hineinzulegen. — So kann sich nur „alter Adel“ amüsieren.

Kleines Allerlei. Sechs Fälle von Genickstarre wurden im Knappschaftslazarett von Bielschowitz festgestellt. Ein Grubenarbeiter ist bereits gestorben. — Bei einer braven Tat tödlich verunglückt ist in Berlin der Leutnant Lewandowski. Er sprang einem in der Tauentzienstraße durchgehenden Pferde eines Schlächterfuhrwerks, um ein Unheil zu verhüten, in die Zügel. Es gelang ihm nicht, das rasende Tier aufzuhalten. Er wurde umgerissen und derart überfahren, daß er auf der Stelle verstarb. — Selbstmord eines Leutnants. Leutnant Turner vom 61. Infanterie-Regiment in Thorn hat sich in seiner Wohnung erschossen. Der Grund des Selbstmordes ist noch unbekannt.

Literarisches.

Mutter. Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch. Ein neuer Roman, der in der schnell bekannt gewordenen Serie Vorwärts-Bibliothek in unserem Berliner Parteiverlage erschienen ist. Ein eigenartiges Buch, das Kampfesluft und Güte, Innigkeit und soziales Verständnis mit einander verbindet. In allen Arbeiterfamilien wird das Buch, das uns die Leiden der Proletarierin als Mutter zeigt, mit Begeisterung gelesen werden. Der billige Preis — es kostet gut gebunden 1 Mark — macht die Anschaffung allgemein möglich. Zu beziehen ist Mutter, wie alle anderen Bücher der Vorwärts-Bibliothek, durch alle Buchhandlungen.

Quittung.

Halle. Für die Jugendbewegung vom Genossen Kasparek 1 M. erhalten. Das Parteisekretariat.

Mühlberg. Für den Reichstagswahlfonds gingen bei der Kreiskasse vom Distrikt Naundorf-Lauchhammer ein: Auf Liste Nr. 966 10,25, 967 10,30, 968 8,15, 969 5,05 Mark. Karl Wendt.

Decken Sie Ihren — Bedarf an — **Uhren und Goldwaren** bei der als **reell und billig** bekannten Firma 122
Merseburger- **Max Bernhardt.** Große Ulrichstraße 164. straße 55.
Sorgfältige und solide Reparatur-Werkstatt für Uhren.

Cleverstolz
Margarine.

1340 Für
Sommerfeste und Wasserfahrten
empfehle:
Papierlaternen
Luftballons
Abschießvögel
Abschießsterne
Armbrüste
Stechvögel
Ballfiguren
Ring- u. Figurenscheiben
Fahnen
Trommeln
Schärpen
Illuminationslämpchen
Garten- u. Saaldekorationen
Vereins-Abzeichen
Verlosungs-Artikel
in großartigster Auswahl zu niedrigsten Engros-Preisen.
Albin Hentze,
Mitgl. d. Rab.-Spar-Vereins.
24 Schmeerstr. 24.

1331 Kaufe Sonnabend und Sonntag:

Alte Kanarienhähne
u. junge u. alt. Weibchen und zahle à Stck. 50 Pf.
C. Zengerling, Torst. 20

Dkl. Bettst., neu gepolst. Matratze 18 M. Magdeburgerstr. 60, st. 1329

Selten günstige Kaufgelegenheit!!
In Massen-Auswahl, zu wirklich spottbilligen Preisen, empfehle:
Jackett-Anzüge 1- und 2reihig, nur Neuheiten . 14.00 12.00 **10.00 M.**
Jackett u. Weste eleg. gestr. Hose, 16.00 14.00 **12.00 M.**
Rock-Anzüge 1- u. 2reihig, in Kammgarn, Satin 2c. . 22.00 20.00 **18.00 M.**
Knaben-Anzüge aus guten Stoffen, schicke Fassons . . 4.00 3.00 **2.50 M.**
Sommer-Paletots in modernsten Stoffen u. Fassons . . 18.00 16.00 **14.00 M.**
Hosen in den neuesten Streifen und allen Stoffarten . . . . 4.00 3.00 **2.00 M.**
Gummi-Mäntel :: Bozner Mäntel :: Pelerinen
Lustre- u. Leinen-Joppen :: Sommer-Anzüge
Sommer-Hosen :: :: Jacketts :: :: Westen
:: enorm billig!! ::
Trotz der enorm billigen Preise 5% Rabatt 5%.
Gustav Reinsch, Markt
1339 im Roten Turm.

2 Strassenrenner, elegante Maschinen mit grosser Uebersetzung, verkauft für 45 und 55 Mark H. Schindler, Kl. Ulrichstr. 35. 1328

Ein Marktstand (Bude mit Plane) sowie sämtliches Zubehör sofort sehr billig zu verkaufen Näheres Torstrasse 61, I. 1319

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191305315/fragment/page=0007

Versuchen Sie bitte morgen, um einen Unterschied im Geschmack eines Schweizerkäses kennen zu lernen, meinen

Ia. echten bis auf weiteres 1 Pfund nur

Emmenthaler Schweizerkäse 90 Pfg. 5% Rab.

Allerfeinste unübertroffene ½ Pfund

Blüten-Butter 65 Pfg. 5% Rab.

garantiert reine Molkereibutter

Morgen, Sonnabend, 10 Uhr vorm.:

Eröffnung

meiner neuen Filiale Ammendorf

Bahnhofstrasse 2.

Auf alle Waren vergüte, trotz der alleräußersten Preise, 5 Prozent Rabatt. Waren, mit welchen Sie nicht zufrieden, erbitte gegen vollen Betrag wieder retour

Bei Abgabe dieser Annonce und Einkauf von

mindestens für 2 Mk. irgend welcher Waren

lasse morgen zur Probe von Knäusels weltberühmten Molk.-Taf.-Butter-Ersatz Margarine

gesetzlich geschützte Marke **Tafelgöttin** 1 Pfund 95 Pfg 5% Rab

½ Pfd. gratis

nur in der neuen Filiale Ammendorf

verabreichen, damit jeder Kunde, die hervorragende unübertroffene Qualität unbedingt kostenlos kennen lernt.

:: Knäusels Molkerei-Tafel-Butter-Ersatz ::

ist infolge seines delikaten, reinen, milden Geschmacks in tausenden und abertausenden Familien, Kliniken, Kinderheilanstalten, Krankenhäusern, Hotels, Restaurants usw. usw. seit Jahren eingeführt. Wer probt, lobt!

Dr. Küttner, Chr. Ulrich

vom Königlichen Amts und Landgericht Leipzig, für Nahrungsmittel vereidigte Sachverständige, schreiben:

„Ihre uns gesandte Probe zeichnet sich durch guten Geruch und äußerst feinen milden Geschmack aus. Der Fettgehalt, der Wassergehalt und die Säuregrade sind wie bei einer Naturbutter in durchaus normalen Grenzen. Wir können Ihr Produkt als von ausgezeichneter Qualität bezeichnen und dürfte dasselbe einen vollständigen Ersatz für Molkereibutter bieten."

Zu alleräußersten Preisen empfehle ferner:

Hochfeine Ia **Schinkenwurst** 1 Pfund nur 120 Pfg. 5% Rab.

Hochfeine Hausmacher **Rot- u. Leberwurst** 1 Pfund nur 75 Pfg. 5% Rab.

Allerfeinste Braunschweiger **Mettwurst** 1 Pfund nur 118 Pfg. 5% Rab.

Große hochfeine **Halberstädter** 1 Paar nur 15 Pfg. 5% Rab.

1335 3 Paar nur **40** Pfg. 5% Rab.

Allerfeinsten deutschen **Speck** ..... 1 Pfund nur 80 Pfg. 5% Rab.

Ia frischen Schmer 1 Pfund nur 68 Pfg. 5% Rab.

Backobst billiger!

Ia. Aprikosen, allerbeste Qualität, 1 Pfd. **64** Pf., 5% Rab.
Ia. Ringäpfel, allerbeste Qualität, 1 Pfd. **39** Pf., 5% Rab.
Ia. Pflaumen, allerbeste Qualität, 1 Pfd. **33** Pf., 5% Rab.

Knäusels hochfeiner Mandelersatz, fertig gebacken 1 Pfd. nur 65 Pfg. 5% Rab.

Allerfeinster, unübertroffener Limburger 1 Pfund nur 48 Pfg. 5% Rab.

Ia. Tilsiter, vollfett, 1 Pfund nur 90 Pfg. 5% Rab.

Ia. Tafel-Honig-Ersatz 1 Pfund nur 33 Pfg. 5% Rab.

Ia. Melange-Marmelade 1 Pfd. nur 30 Pfg. 5% Rab.

A. Knäusel,

Halle-Ammendorf. — 9 Filialen.

Gelegenheitskauf

nur guter und reeller

Schuhwaren

Einzelpaare und braune Stiefel besonders billig.

Ein Versuch wird Sie von der Preiswürdigkeit überzeugen.

M. Reinicke, Markt 20.

1343

Billiger Verkauf

1500 Stoff-Hosen

verkaufe, um damit zu räumen, zu folgenden selten billigen Preisen:

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Herren-Stoffhosen in dunklen, gestreiften u. karierten Mustern	Herren-Stoffhosen in haltbaren eleganten Modemustern	Herren-Stoffhosen in den vornehmsten engl. Modefarben	Herren-Stoffhosen in den wunderbarsten Großstadtmustern
1.45	**1.85**	**2.45**	**2.90**

Trotz des billigen Verkaufs 5% Rabatt.

Bitte sich gefälligst in den Auslagen davon zu überzeugen.

1339

Ernst Renner.

14 Marktplatz 14.

---

*712 **Fleisch! Diese Woche: Fleisch!**

Kalbfleisch	80–85 Pfg.	Bauch	75 Pfg.
Rindfleisch z. Brat., ohne Knochen	90–95 Pfg.	Gebackes Rind- u. Schweinefleisch	80 Pfg.
Schweinekamm u. Schinken	95 Pfg.	Rouladen 2 Pfd.	1.00 Mk.
		4 Pfd. Wurst	3.00 Mk.

Robert Hammer, Rathausstraße 13 a.

Kinder- und Sportwagen.

Beste Zeitzer und Brennabor-Fabrikate,

Kinder-Sportwagen beste Zeitzer 9.50 6.95 **4.50**

Klapp-Sportwagen Ia. Ausführung, mit und ohne Gummiräder ..... von Mk. 35.00 bis **7.50**

Kinderwagen hochelegant, Kastenwagen mit Gummirädern und Porzellangriffen ..... von Mk. 60.00 bis **28.50**

Kinderwagen Peddigrohr, mit Gummirädern und Porzellangriffen ..... von Mk. 60.00 bis **29.50**

Kinderstühle in hoch und niedrig, praktische Neuheiten von Mk. 20.00 bis 1.45 95 **48 Pf.**

M. Bär Nachf.

1346 **Gr. Ulrichstr. 54.**

Um einen größeren Posten ganz vorzügliche geräucherte hausschlacht. **Rotwurst** zu räumen, verkaufe ich von **Sonnabend bis Dienstag** das 1330 **Pfund zu 80 Pfg.**

Auch habe ich an diesen Tagen **sämtliche Wurstpreise ermässigt.** Schmer und fettes Fleisch Pfd. **70** Pfg. Alles andere gut und preiswert.

Hermann Becker, Breitestrasse 3.

Mitgl. d. R.-Sp.-V.

Ansichts-Postkarten

empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, folgende Artikel zu spottbilligen Preisen abzugeben: 1337

Ein grosser Posten **Chevreaux-Herren-Schnürstiefel**, moderne Form, sonst 11.50 ..... jetzt **9.00** M.

Box-Herren-Schnürstiefel, sehr dauerhaft ..... **7.50** M.

Damen-Boxcalf-Schnürstiefel, „Goodyear Welt" sonst 11.50 ..... jetzt **8.75** M.

Damen-Schnürstiefel, Lackleder, sonst 10.50 ..... jetzt **8.75** M.

Box-Kinder-Schnürstiefel, ... 31/35 4.50, 27/30 **3.75** M.

Ein grosser Posten **zurückgesetzte Einzelpaare** spottbillig.

Wiebachs Schuhwarenhaus Kl. Ulrichstraße 12

Auf Teilzahlung

liefere reellen Familien Wäscheartikel, Gardinen, Kleiderstoffe usw. usw. 1227

Friedrich Gronau, Barfüßerstraße 16.

Allerbeste, kurzgepflückte

frische Kamillen

kauft jederzeit 1345

Teefabrik, Gr. Märkerstr. 6/7.

Picknik-Dosen mit Blecheinsatz sehr billig. 1336

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Sangerhausen

Junges Mastrindfleisch (Kochfl.) pro Pfund **70** Pfg.
Gebackes pro Pfund **80** Pfg.
Bratenfleisch pro Pfd. **90** Pfg.
Schweine-, Hammel- und Kalbfleisch sowie alle Sorten frische Wurst empfiehlt *704

Fr. Dienemann, Regelsgasse 14/16.

Kartoffeln

gutkochende **magnum bonum** und **Up to date,** a Ztr. **2.75** ℳ 10 Pfund **30** ₰, empfiehlt

Albert Streuber, 1323 Thomasiusstraße 36.

Kaufe jed. Post. junge u. alte **Kanarienweibch.** a 50 Pfg. Sonnabend d. 31. Mai u. Sonntag d. 1. Juni. *711 **G. Kummer, Brunoswarte 1,** II.

Für grössere und kleinere Ausflüge!

Spezialkarte des Saalkreises Preis **20** Pfg.

Radfahrkarten in verschiedenen Preislagen.

Spezialkarte des Harzes Preis **25** Pfg.

Spezialkarte der Provinz Sachsen Preis **1** Mk.

Spezialkarte Thüringens Preis **40** Pfg.

Karte von Mittel-Europa Preis **50** Pfg.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung Halle a. S.**

Sonnabend, 31. Mai Schlachtefest. F. Doberitz, Saalberg 21. 1344 Mitglied des Rad.-Sp.-V.

Heute, **Sonnabend Schlachtefest.** **Robert Raum,** 1318 Triftstr. 6.

Arbeitsmarkt

Kräftige Packmädchen bei hohem Lohn stellt ein *710 **Nagelfabrik Diemitz.**

Wichtig für jedermann.

Führer durch das Gewerbe- und Kaufmannsgerichts-Gesetz.
Preis 25 Pfg.

Führer durch d. preußische Einkommensteuer-Gesetz.
Preis 30 Pfg.

Führer durch die Landgemeinde-Ordnung
Preis 30 Pfg.

Führer durch die Gesetze über die Pensionierung der Offiziere und über die **Versorgung der Unterklassen des Reichsheeres, der Marine und der Schutztruppen**
Preis 50 Pfg.

Führer durch das Krankenversicherungs-Gesetz.
Preis 20 Pfg.

Führer für den Militärpflichtigen.
Preis 20 Pfg.

Führer durch das Mietsrecht.
Preis 40 Pfg.

Führer durch das Gewerbe-Unfall-Versicherungsgesetz
Preis 25 Pfg.

Führer durch d. Invaliden-Versicherungs-Gesetz.
Preis 20 Pfg.

Führer durch d. Baumfall-Versicherungs-Gesetz.
Preis 30 Pfg.

Führer durch das Unfall-Versicherungs-Gesetz f. Land- u. Forstwirtschaft.
Preis 25 Pfg.

Porto je 3 Pfg.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Der Redakteur Gottlieb Kasparek zu Halle (S.), geboren am 13. April 1880 in Bankwitz, Kreis Namslau, ist durch rechtskräftiges Urteil der ersten Strafkammer des Königlichen Landgerichts zu Halle (Saale) vom 9. November 1912 wegen Beleidigung des Landrats v. Trotha in Mittenberg durch die Presse mit 300 Mk. Geldstrafe, im Unvermögensfalle 60 Tagen Gefängnis, bestraft worden. F

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 29. Mai.

Aufgeboten: Fleischermeister Bauermann und Lina Stuner (Ammendorf und Rattinerstr. 6). Kaufmann Otto und K. Hohnholt (Halle und Bremen).

Geboren: Tischler Fischer S. (Kl. Ulrichstraße 15). Kaufmann Zimmermann S. (Friesenstraße 1). Fischer Schramm S. (Saalberg 21). Friseur Gutzmer T. (Salzgrafenstraße 3). Friseur Waldmann T. (Rannischestraße 20/21). Schmied Leistling S. (Raffineriestr. 43b). Bäckermeister Hatscher S. (Mühlberg 3). Bauarbeiter Putze Sohn (Schülershof 21). Oberschaffner Hartmann S. (Reideburgerstr. 24).

Gestorben: Eisenb.-Betriebssekretär Bauer, 54 J. (Schillerstraße 28). Schmied Diesner aus Langenbogen, 58 Jahre (Klinik). Grubenarbeiter Tyllak, 50 Jahre (Klinik). Gärtner Göbeke, 58 J. (Lauchstädterstraße 17). Bergarbeiters Konrad aus Uthausten Sohn, 6 Jahre (Bergmannstrost). Arbeiters Schmidt T., 5 Monate (Kl. Ulrichstr. 5). Handelsmanns Aleithe T., 2 J. (Kl. Ulrichstr. 5). Maurers Rothkopf T., 7 J. (Geiststraße 33). Postboten Göritz T., 3 Mon. (Alter Markt 20).

Halle-Nord (Gr. Brauerstr. 8a) 29. Mai:

Aufgeboten: Kgl. Zollsekretär Matthäus und Elsbeth Klinkmüller (Naumburg und Gütchenstraße 5).

Geboren: Kaufmann Weise T. (Lars 19).

Gestorben: Bäckermeisters Zeitz aus Rötzsch S., 8 Jahre.

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 125 — Halle (Saale), Sonnabend den 31. Mai 1913 — 24. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

154. Sitzung. Donnerstag, den 29. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die

zweite Beratung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes

wird fortgesetzt.

Die ersten Paragraphen werden ohne Debatte angenommen.

§ 5 bestimmt, daß durch Eheschließung mit einem Deutschen die Frau die Staatsangehörigkeit des Mannes erwirbt. Nach einem sozialdemokratischen Antrag soll dieser Paragraph lauten: „Eine Ausländerin, die die Ehe mit einem Deutschen geschlossen hat, ist auf ihren Antrag in dem Bundesstaat einzubürgern, dem ihr Ehemann angehört."

Abg. **Bernstein** (Soz.)

begründet diesen Antrag damit, daß das Recht der Frau auf ihre Persönlichkeit auch in diesem Gesetz zum Ausdruck kommen müsse und daß daher eine automatische Erlangung der Staatsangehörigkeit nicht in Frage kommen solle. Wenn man verlangt, daß die Frau dem Manne in jeder Beziehung folgen soll, so müßte das auch bei der Konfession verlangt werden, aber selbst das Zentrum fordert nur, daß die Frau, die einen Nichtkatholiken heiratet, katholisch bleiben soll, wenn sie es vorher war. Wir wollen, daß die Deutsche, die einen Ausländer heiratet, deutsch, und die Ausländerin, die einen Deutschen heiratet, wenn sie es wünscht, Ausländerin bleiben kann. Das liegt in der Richtung der allgemeinen kulturellen und sozialen Entwickelung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, § 5 in der Kommissionsfassung angenommen. — § 6 gestattet jedem Deutschen, die Staatsangehörigkeit in jedem Bundesstaat durch Antrag zu erwerben.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt, daß diese Erwerbung durch die bloße Niederlassung, eventuell durch Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes, erfolge. Die Bestimmung, daß der Antrag einer Verheirateten der Zustimmung des Ehemanns bedürfe, soll nach dem sozialdemokratischen Antrag gestrichen werden.

Abg. Dr. **Quarck** (Soz.):

Man spricht bei diesem Gesetz so viel von der Stärkung des Volksbewußtseins. Nun, wir verlangen die nationale Gleichstellung aller Deutschen im Reiche und in jedem Bundesstaat, und das hat man in der Kommission abgelehnt. Dadurch muß doch der Partikularismus in den 26 Bundesstaaten gefördert werden! Am meisten wechseln die Arbeiter, Angestellten, Techniker usw. ihren Wohnsitz und damit ihren Bundesstaat. Diese Schichten sind allerdings diejenigen, die am meisten politisch interessiert sind, und damit sie sich wenigstens nicht allzubald an Landtags- und Gemeindewahlen beteiligen können, macht man ihnen bei der Erwerbung der neuen Staatsangehörigkeit die unglaublichsten Schwierigkeiten. Am besten wäre die Schaffung einer unmittelbaren Reichsangehörigkeit, deren Vorbereitung wir ja auch in einer Resolution verlangen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird der Kommissionsantrag angenommen.

Zu § 7 (Einbürgerung von Ausländern) beantragt Abgeordneter **Albrecht** (Soz.), daß ein solcher Antrag, der den sonstigen Bedingungen entspricht, nicht abgewiesen werden darf, wenn der Ausländer zwei Jahre im Inland gewohnt hat. Der Mangel der Unbescholtenheit soll nicht in Tatsachen erblickt werden dürfen, die der politischen Gesinnung oder Betätigung oder der Konfession des Antragstellers entnommen sind. Ein Eventualantrag Albrecht (Soz.) verlangt, daß die Einbürgerung nicht versagt werden darf, wenn der Antragsteller aus der Ehe eines Ausländers mit einer Deutschen stammt oder wenn er in Deutschland geboren ist und bis zur Volljährigkeit ohne wesentliche Unterbrechung hier gewohnt und den Antrag innerhalb zweier Jahre nach Eintritt der Volljährigkeit gestellt hat.

Abg. **Bernstein** (Soz.):

Unser Antrag will den Ausländern ein Recht auf Einbürgerung geben, das sie im Rechtswege verfolgen können. Wir verlangen das aus nationalen Gründen, zur Annäherung und Durchdringung der Nationen und wir wünschen, die Macht der Verwaltungsbehörden zu beschränken. Mit dem modernen Verkehr wächst ständig die Zahl der Ausländer in allen Staaten. Warum sollen diese fleißigen Mitbürger minderen Rechtes sein? Die Schweiz hat den Ausländern ein Recht auf Einbürgerung gegeben, bei uns aber soll das im Belieben der Behörden liegen. Selbstverständlich darf Gesinnung und Konfession keinen Einfluß üben. Ungleiches Recht schafft auch ungleiche Moral. Die Vereinigten Staaten zeigen, wie gleiches Recht gleiche Moral und eine einheitliche Nation erzeugt. Die unsauberen Elemente kann man auf seine Weise fernhalten, deshalb haben England und Amerika auch den Paßzwang abgeschafft. Die Kulturentwickelung bringt die Völker immer mehr zusammen, deshalb verlangen wir die Beseitigung der künstlichen Abschließung. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern, Geheimrat **Lewald**: Die Sozialdemokraten übersehen die geographische Situation des Deutschen Reiches. Wir können nicht ohne weiteres alle aus dem Osten zu uns strömenden Ausländer an den Segnungen unserer hochentwickelten Sozialpolitik teilnehmen lassen. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Auch die Vereinigten Staaten sieben sehr sorgfältig, ehe sie jemanden hineinlassen, und gegen die Zurückweisung in Ellis Eiland steht niemandem der Rechtsweg offen. Die Konfession spielt heute schon keine Rolle. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das glaubt ja kein Mensch!) Von 600 Einbürgerungsgesuchen von Juden sind über die Hälfte genehmigt worden. Aus nationalen Gründen müssen wir uns vor zu starker Zuwanderung aus dem Osten schützen können. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. **Becker-Arnsberg** (Z.) führt aus, daß die Erleichterung der Einbürgerung die Einfuhr von Kulis und anderen Lohndrückern fördern würde.

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Wenn die ausländischen Arbeiter Staatsbürgerrechte erlangen können, dann werden sie keine Lohndrücker mehr sein, denn sie sind heute deshalb gefährlich, weil sie ausgewiesen werden, wenn sie sich nicht als Lohndrücker gebrauchen lassen und sich mit den deutschen Arbeitern solidarisch erklären. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Rechnet Herr Lewald zu den Segnungen deutscher Gesetze auch das preußische Dreiklassenwahlrecht? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sowohl wir gute Gesetze haben, werden sie reaktionär durchgeführt. Die Personen, denen wir das Recht auf Einbürgerung geben wollen, werden in anderen Kulturländern niemals zurückgewiesen. Zuerst waren in der Kommission auch die Nationalliberalen für unseren Antrag, dann gegen ihn, vielleicht sind sie jetzt doch wieder für ihn. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie unsere Anträge jetzt nicht annehmen, so werden Jahrzehnte vergehen, ehe Deutschland in gleicher Reihe mit den anderen Kulturstaaten stehen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Brühne** (Soz.):

Auch in dem neuen Gesetz, das wir endlich nach 20 Jahren bekommen, heißt es immer nur, ein Ausländer „kann" die Staatsangehörigkeit erwerben. Damit wird alles bleiben wie bisher. Wohlhabende werden leicht naturalisiert werden. Arbeitern wird es abgelehnt werden, namentlich wenn sie sich gewerkschaftlich oder politisch in unserer Partei betätigen. Sie sollten das verhindern, indem Sie unseren Anträgen zustimmen.

Abg. **Bernstein** (Soz.):

Der Geheimrat Lewald hat auf die Zurückweisung einiger Einwanderer durch die Vereinigten Staaten hingewiesen. Dort bestehen aber bestimmte Vorschriften dafür, nicht etwa freies Ermessen des Kommissars. Außerdem handelt es sich hier um etwas anderes, nämlich um die Einbürgerung von solchen, die im Lande leben und ihre Existenz haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Quarck** (Soz.):

Gerade die christlichen Arbeiterbeweine, die mit Herrn Becker in Verbindung stehen, verhindern die Hebung ausländischer Arbeiter, indem sie sich von der Verbindung der deutschen Arbeiterbewegung zurückhalten. In Frankfurt a. M. wurde Lederarbeitern, die gewünscht wurden, Arbeiterkarten von der Feldarbeiterzentrale zu lösen, gesagt, wenn sie sich an irgendeiner Lohnbewegung gegen die Prinzipale beteiligten, so würden sie ausgewiesen werden. Kollege Becker möge sich die Konsequenzen solches Vorgehens überlegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Becker-Arnsberg** (Z.): Die Ausweisungspraxis wegen gewerkschaftlicher Betätigung ist in den letzten Jahren eine andere geworden. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Würde man den Ausländern das Recht auf Einbürgerung geben, so würde das Mißstände herbeiführen, die wir nicht wünschen. Deshalb müssen wir uns mit dem diskretionären Ermessen der Behörden abfinden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.):

Wegen Streikbruchs ist noch nie ein Ausländer ausgewiesen worden, wohl aber viele wegen Abmahnung von solcher Unkollegialität. Wie kann also unser Antrag Deutschland mit Ueberschwemmung durch Ausländer bedrohen. Auf Ellis-Island werden viele Verbrecher und unnütze Elemente zurückgewiesen, aber auch angewordene Streikbrecher, während bei uns die Regierung den Streikbrecherimport organisiert. Dem Ministerialdirektor erwidere ich, daß in Amerika niemals Ausländer, die jahrelang dort gelebt und sich nichts zuschulden haben kommen lassen, von der Einbürgerung ausgeschlossen werden. Die Versicherungsgesetze gelten wohl im großen und ganzen auch für die Ausländer, aber vom Koalitionsrecht dürfen diese niemals Gebrauch machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Richthofen** (ntl.): Die nordamerikanischen Einwanderungsgesetze richten sich gegen die Südslawen; die können wir auch nicht brauchen.

Abg. **Sachse** (Soz.)

weist die Behauptung des Abg. Becker zurück, daß beim Abbruch des Bergarbeiterstreiks die ausländischen Arbeiter die Streikleitung bedroht hätten. Die Aufregung kam nur daher, daß behauptet wurde, die Siebener-Kommission sei von den Unternehmern bestochen worden.

Abg. **Becker** (Z.): Eine Schmeichelei für Herrn Sachse war das Benehmen der Ausländer nicht.

§ 7 wird in der Kommissionsfassung angenommen, der sozialdemokratische Antrag im Hammelsprung mit 148 gegen 115 Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen abgelehnt.

§ 7 a bestimmt, daß gegen jede Einbürgerung jeder Bundesstaat Bedenken erheben kann, worüber der Bundesrat entscheidet. Die Sozialdemokraten beantragen Streichung dieser Bestimmung, eventuell sollen nur die Bundesstaaten, in denen der Betreffende gewohnt hat, Bedenken erheben können.

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Ist denn die bisherige Freiheit der Bundesstaaten, Ausländer einzubürgern, dem Reich gefährlich geworden? Wenn wirklich, wie Herr Belzer behauptete, einzelne Bundesstaaten allzu leicht Einbürgerungen vorgenommen haben sollten, so stehen dem zahlreiche Mißbräuche in Preußen gegenüber. Die Regierung verspricht, daß in Preußen Einbürgerungsanträge nicht mehr aus konfessionellen Gründen abgelehnt werden sollen, aber die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes beweist, was wir von feierlichen Regierungserklärungen zu halten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was nützt es da, wenn die Geschädigten nach langer Zeit beim Oberverwaltungsgericht Recht bekommen? Was geht es Preußen an, wenn jemand in Sachsen gelebt hat und in Bayern eingebürgert werden soll? **Unser Eventualantrag entspricht einem Antrag des Zentrums in der Kommission, wir erwarten also seine Annahme.** (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Mumm** (Wirtsch. Vg.): **Die vielen Reden der Sozialdemokraten halten nur die Geschäfte des Reichstags auf. Ausländer, die dem Reich schädlich werden könnten, sollen nicht eingebürgert werden.**

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (Rpt.) sieht in dem § 7 a eine Einschränkung der Selbständigkeit der Bundesstaaten und stimmt für seine Person dem sozialdemokratischen Antrag zu.

Ministerialdirektor **Lewald**: Die Entscheidung des Bundesrats gewährleistet die Wahrung der Rechte der Bundesstaaten.

Abg. **Bernstein** (Soz.):

Die bisherige Einbürgerungsfreiheit der Bundesstaaten hat zu keinerlei Mißständen geführt, warum also dieses Mißtrauensvotum?

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird § 7 a in der Fassung der Kommission angenommen.

Nach § 8 muß die Witwe oder geschiedene Ehefrau eines Ausländers, die zur Zeit ihrer Eheschließung eine Deutsche war, auf ihren Antrag von dem Bundesstaat, in dessen Gebiet sie sich niedergelassen hat, eingebürgert werden, wenn sie den für den Ausländer vorgeschriebenen Erfordernissen entspricht.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen, daß diese Einbürgerung auf Antrag der Frau auch ihren minderjährigen mit ihr in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindern gewährt werden muß.

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Das Recht auf Einbürgerung, das einer ehemals Deutschen im § 8 gewährt wird, wird an ihre Unbescholtenheit gebunden; sie soll erst ein Anständigkeitsattest beibringen. Das will unser Antrag beseitigen. Weiter fordert unser Antrag, daß die Frau auch für ihre minderjährigen Kinder den Antrag auf Einbürgerung stellen dürfen soll, und daß ihm Folge gegeben werden muß.

Geheimrat **Casper** und Geheimrat **Lewald** wenden sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Er wird abgelehnt und § 8 angenommen.

§ 8b bestimmt: Ein Ausländer, der mindestens ein Jahr wie ein Deutscher im Heere oder in der Marine aktiv gedient hat, muß auf seinen Antrag von dem Bundesstaate, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, eingebürgert werden, wenn er den für Ausländer vorgesehenen Erfordernissen entspricht.

Die Abgeordneten **Albrecht** (Soz.) und Genossen beantragen, diese Einschränkung zu streichen.

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Auch hier handelt es sich um eine Reihe einschränkender Bestimmungen; z. B. wird die Unbescholtenheit erfordert. Hat der Betreffende im deutschen Heere gedient, so muß er auch als Deutscher gelten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 8b wird angenommen.

Abg. **Hansen** (Dane) beantragt die Einfügung eines neuen § 8c, wonach ein Staatenloser, der im Reichsgebiet als Kind eines daselbst wohnhaften mit einer Deutschen verehelichten Ausländerin geboren ist, von dem Bundesstaate seiner Geburt eingebürgert werden muß, wenn er dies ein Jahr nach erreichter Volljährigkeit beantragt. In Nordschleswig gibt es etwa 2000 solcher Staatenlosen, die alle im Inland geboren sind und deutsche Schulen besucht haben. Die Verfolgungen der Staatenlosen, die früher vielfach ohne jeden Grund ausgewiesen wurden, haben neuerdings etwas nachgelassen, aber wir haben keine Gewähr, daß sie bei Annahme dieses Gesetzes nicht wieder aufgenommen wird. Eine große Anzahl Staatenloser sind in Dänemark naturalisiert worden, aber sie, es sind 2000, weigern sich, nach Dänemark zu gehen. Gerade vom Standpunkt der Einheitlichkeit der Familie gehören diese Staatenlosen nach Deutschland. Wenn diese Leute auch staatenlos sind, so haben sie doch eine Heimat, die sie nicht verlassen wollen, und das ist Nordschleswig. Sie haben ein Naturrecht darauf, in ihrer Heimat zu bleiben, und dies Recht sollte man ihnen jetzt auch ausdrücklich gewähren. Damit würde den Germanisierungsbestrebungen mehr gedient als durch Gewaltmaßregeln landesfremder Beamten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat **Lewald**: Es handelt sich nicht, wie es noch diesen Ausführungen scheinen könnte, um zahlreiche Mißstände, sondern um sehr wenige Fälle, die dadurch zahlreicher werden, daß sie immer wiederholt werden. Es ist auch nicht richtig, daß Staatenlose in Preußen nicht naturalisiert werden; seit 1908 sind 101 Staatenlose in Nordschleswig naturalisiert worden. Der Antrag Hansen bezieht sich übrigens auf das ganze Reich, deshalb sind seine Folgen ganz unübersehbar.

Geheimrat **Klinke**: Die Staatenlosigkeit in Nordschleswig ist eine Folge der früheren dänischen Gesetzgebung, die den im Ausland geborenen Kindern von Dänen die dänische Staatsangehörigkeit nicht gab. Daher muß die Frage mit Dänemark international geregelt werden. Solche Verhandlungen schweben bereits. Ueber ihren Stand kann ich nichts mitteilen, doch besteht bei uns der Wunsch, diesen Zuständen ein Ende zu machen.

Abg. **Bernstein** (Soz.):

Der Antrag Hansen verlangt nichts als das einfachste Naturrecht. Die Regierung sollte nicht erst diplomatischer Verhandlungen bedürfen, um diese 2000 Staatenlosen germanischen Blutes ohne weiteres in Deutschland aufzunehmen. Den Grundsatz der französischen Revolution sollte man hochhalten: Es ist Unterdrückung, wenn es auch einem Einzelnen gegenüber geschieht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre eine Ehrenpflicht Deutschlands, durch einen Akt der Hochherzigkeit diese Sache ein für allemal zu beseitigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Hansen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Elsässer und Dänen abgelehnt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 2 Uhr. (Vorher Kurze Anfragen, nächste Interpellation Albrecht, betreffend Elsaß-Lothringen.)

Schluß 7 Uhr.

„Kornfranck"
das neuzeitliche Kaffeegetränk (kein Bohnenkaffee)
Gebrauchsanweisung im Paket.
3E

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130531-15/fragment/page=0009

Aus der Provinz.

Parteischule.

Am 1. Oktober beginnt der 7. Kursus der Parteischule. Etwaige Bewerber haben einen eigenhändig geschriebenen Lebenslauf bis spätestens 10. Juni bei den Kreisvorständen der zum Bezirk gehörigen Kreise einzureichen. Später eingehende Bewerbungen können keine Berücksichtigung finden.

Der Bezirksvorstand.

Verbandstag der Krankenkassen für den Bezirk Sachsen-Anhalt.

Die Prüfung der Mandate hat ergeben, daß 82 Krankenkassen mit 248 000 Mitgliedern durch 180 Delegierte vertreten sind.

Am Montag wurde in die Beratung über: Die neuen Satzungen für Ortskrankenkassen eingetreten. Der Beratung lag ein vom Hauptverband deutscher Krankenkassen in Dresden herausgegebener Statutenentwurf zugrunde. Die einzelnen Paragraphen wurden von Arbeitersekretär Möffinger und Rendant Schweitzer, beide aus Magdeburg, erörtert. Es wurde hervorgehoben, daß die einzelnen Kassen bei Abfassung ihrer Satzungen zwar nicht an den Entwurf gebunden seien, aber dies Musterstatut könne als maßgebend angesehen werden, weil es im Einverständnis mit dem Reichsversicherungsamt herausgegeben worden sei.

Auf Anregung einzelner Delegierten wurden an einer Anzahl Paragraphen kleine Abänderungen vorgenommen. Für eine Anzahl Bestimmungen, die sich auf die Regelung der Beiträge und den inneren Ausbau der Kassen beziehen, konnte keine einheitliche Norm aufgestellt werden, da die Verhältnisse in den einzelnen Orten zu verschieden sind, doch wurde den Kassen besonders empfohlen, Bestimmungen in die Satzungen aufzunehmen, wonach die Versicherten in manchen Krankheitsfällen anstatt Arznei Milch erhalten sollen, wenn dies vom Arzt angeordnet werde. Es wurden zwar Bedenken geäußert, daß eine solche Bestimmung die Finanzen der Kassen gefährden könnten, doch betonten verschiedene Redner, daß kleine Portionen Milch dem Kranken unter Umständen bessere Dienste leisten, als große Flaschen Arznei.

Ferner wurde den Vertretern anheim gegeben, in ihren Kassen dahin zu wirken, daß bei Krankenhausverpflegung eines Versicherten den Angehörigen zwei Drittel des Krankengeldes gewährt werde. Auch soll nach dem Entwurf des Hauptverbandes für Genesende, die in Walderholungsstätten oder Genesungsheimen untergebracht sind, auf die Dauer von drei Wochen Krankenhilfe gewährt werden. Bemerkenswert ist eine Bestimmung des Entwurfs, wonach bei Doppelversicherung des Kranken die Unterstützung nicht gekürzt werden soll, doch sollen die Versicherten verpflichtet sein, der Kassenleitung Mitteilung zu machen, welcher Zuschußkasse sie angehören und wie hoch die Unterstützung ist, die sie erhalten. Hierbei wurde besonders betont, daß der Versicherte gerade in Krankheitsfällen zur Stärkung des Körpers mehr Mittel benötige, als in gesunden Tagen.

Arbeitersekretär Möffinger empfahl im Interesse des sozialen Fortschritts den Kassen, neben der Wöchnerinnenunterstützung auch in den neuen Satzungen eine Fürsorge für Schwangere auf die Dauer von sechs Wochen vorzusehen, auch möchten die Kassen mindestens einen Zuschuß für Hebammendienste oder ärztliche Geburtshilfe leisten. Möffinger wies ferner darauf hin, daß es im Interesse der Förderung der Volksgesundheit liege, wenn die Kassen an stillende Mütter ein Stillgeld in der Höhe des halben Krankengeldes auf die Dauer bis zu zwölf Wochen gewähren. Eine solche Unterstützung sei ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit. Das Sterbegeld soll nach dem Entwurf mindestens 50 Mk. betragen.

Der Paragraph 34 behandelt die Familien-Unterstützung. Arbeitersekretär Möffinger empfahl, Familienangehörigen nicht freie ärztliche Behandlung und Arznei, sondern Barleistungen zu gewähren. Das soll in der Form geschehen, daß, wenn Frauen und Kinder von Versicherten erkranken, sie durch einen Nachweis erbringen müssen, daß sie den Arzt in Anspruch genommen haben. Für den einzelnen Fall soll dann eine Pauschale gezahlt werden. Da die Kassen bei Einführung einer Familienunterstützung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so werde eine solche Einrichtung — so führte der Redner weiter aus — nicht nur eine glückliche Lösung der Angelegenheit für den Anfang sein, sondern sie werde auch segensreich für die Familien der Versicherten wirken. Dieser Passus im Statutenentwurf sei auch eine Schutzbestimmung gegen übertriebene Forderungen der Aerzte. In den Kassen, wo die Aerzte bescheidener mit ihren Forderungen sind, stehe ja der Gewährung von Arznei und freier Behandlung nichts im Wege.

Arbeitersekretär Möffinger rügte besonders, daß viele Unternehmer, Arbeiter, die sie nur für einige Tage, aber regelmäßig in der Woche beschäftigen, nicht zur Krankenkasse anmeldeten, indem diese Personen als unständige Arbeiter bezeichnet werden. Dadurch werden aber die Ortskassen belastet und diese hätten alle Ursache, gegen solche Manipulationen zu protestieren.

Nach dem vom Hauptverband herausgegebenen Statutenentwurf und den Abänderungsvorschlägen des Vorstandes soll der Vorstand einer Kasse aus sechs Arbeitnehmer- und drei Arbeitgeberbeisitzern zusammengesetzt sein. Auch soll die Kasse den Vorstandsmitgliedern Sitzungsgelder gewähren. Ferner wird empfohlen, in den Ausschuß der Kasse, der im Jahre mindestens zwei Sitzungen abhalten soll, nicht mehr als 90 Mitglieder zu wählen. Um zu verhindern, daß die kleinen Gewerbetreibenden nicht von großen Betriebsunternehmern im Ausschuß überstimmt werden, soll kein Arbeitgeber mehr als 30 Stimmen haben. Der Vorstand schlägt vor, bei den Wahlen das System der streng gebundenen Listen einzuführen. Infolge der hohen Bedeutung dieser Wahlen werde die Beteiligung sehr groß sein. Arbeitersekretär Möffinger richtet zum Schluß den Appell an die Delegierten, dafür Sorge zu tragen, daß die neu zu schaffenden Statuten, trotz der Beschränkungen, die uns die Reichsversicherungsordnung auferlege, Mustersatzungen zum Segen der Versicherten werden möchten.

Der Vorsitzende Brandes gab dann noch bekannt, daß die zu empfehlenden Abänderungen am bekanntgegebenen Statutenentwurf den Kassen noch schriftlich zugestellt werden sollen.

Geschäftliches. Der Verbandstag beschloß, die Allg. Ortskrankenkasse Magdeburg wieder auf ein Jahr mit der Führung der Geschäfte des Verbandes zu beauftragen. Ferner wurden gewählt: Brandes als 1. und Kleeis als 2. Vorsitzender, Liebscher und Dietlein als Arbeitgeberbeisitzer und Drechsler, Wilke, Grimdler und Brundert als Arbeiterbeisitzer. Die nächste Generalversammlung findet in Dessau statt.

Am Schluß der Verhandlungen wies der Vorsitzende Brandes noch einmal auf die Notwendigkeit hin, für einen besseren Zusammenschluß der Kassen Sorge zu tragen. Den Vertretern seien die notwendigen Informationen erteilt worden, wie sie die Satzungen fortschrittlich ausbauen könnten. Auf der nächsten Generalversammlung werde man auf Grund der gemachten Erfahrungen über die Mängel und Fehler diskutieren müssen, die die Reichsversicherungsordnung den Kassen gebracht habe. Brandes dankte dann den Erfurter Vertretern für den freundlichen Empfang und rief den Delegierten ein frohes Wiedersehen in Dessau zu. Gegen 2 Uhr waren die Beratungen beendet.

Die Delegierten nahmen am Nachmittag, einer Einladung des Rendanten Goldammer folgend, eine Besichtigung der Erfurter Walderholungsstätte vor.

Delitzsch. Städtisches Freibad. Laut Bekanntmachung ist das städtische Freibad an der Elberitzmühle bereits eröffnet worden. Die Dauer eines Bades ist einschließlich des Aus- und Ankleidens auf höchstens ¾ Stunden festgesetzt. Die Badepreise sind die folgenden: Dauerkarten für die ganze Badezeit bei Benutzung einer Einzelzelle 5,50 Mk., ohne Benutzung einer solchen 2,75 Mk. Dauerkarten für einen Monat bei Benutzung einer Einzelzelle 1,75 Mk., ohne Benutzung einer solchen 1 Mk. Einzelkarten unter Benutzung einer Einzelzelle 20 Pf., ohne Benutzung einer solchen 10 Pf. Einzelkarten für Arbeiter nach 6 Uhr abends 5 Pf. Für Personen unter 16 Jahren sind die Preise wie folgt: Dauerkarten für die ganze Badezeit mit Benutzung einer Einzelzelle 3 Mk., ohne eine solche 1,50 Mk. Dauerkarten für einen Monat mit Benutzung einer Einzelzelle 1,50 Mk., ohne eine solche 75 Pf. Einzelkarten bei Benutzung einer Einzelzelle 15 Pf., ohne Benutzung einer solchen 5 Pf. Die Dauerkarten werden im Rathaus, Zimmer Nr. 14, vormittags von 8—1 Uhr, ausgestellt.

Bitterfeld. Aus dem Stadtparlament. Zur Beratung stand das abgeänderte Ortsstatut betreffend die hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschule für Mädchen. Für den Kochkursus im dritten Jahre ist ein Schulgeld von 15 Mk. zu bezahlen, was gleich den Kosten für das Essen der 60 stattfindenden Kochabende ist. Genosse Menzel beantragte, daß der Kursus ebenfalls frei sein oder nur 10 Mk. erhoben werden sollten. Die Stadtv. Arnold, Ude, Knauth, Franke und Dr. Thon äußerten sich dahin, daß wenn die Mädchen den Nachweis bringen, einen oder den andern Kursus mit Erfolg durchgemacht zu haben, von den Besuch der Schule entbunden werden. Dann beantragte Stadtv. Ude noch, daß die Vorlage einer Kommission überwiesen werde. Genosse Menzel wendete sich scharf dagegen, da es den Anschein habe, als ob die Vorlage verschleppt werden sollte, weil mal etwas für die minderbemittelten Klassen geschaffen werden solle. Hiergegen verwahrten sich die Stadtv. Ude und Knauth und betonen, daß sie mindestens soviel für die Unbemittelten getan hätten, als unsere Fraktion. Wie war es bei der Frage des Gewerbegerichts? Einen Abänderungsantrag stellte Stadtv. Wohlrabe, dahingehend, daß das Schulkuratorium und der Schulleiter nach Vorlegung von Zeugnissen die Mädchen von einem oder dem andern Kursus befreien könnte, aber nicht vom Besuch der Schule. Der Antrag wurde mit 13 gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen und die Gesamtvorlage darauf einstimmig genehmigt. Der Verpachtung von Gras- und Obstnutzungen wurde zugestimmt. Genosse Stammer und Stadtverordneter Schönbrodt wurden zur Prüfung der Legatenkassen für 1912 gewählt, ebenfalls Genosse Menzel und Stadtv. Schentke zur Prüfung der Sevisstasse. Hierauf folgten einige Berichte über die Freiwillige Feuerwehr vom Rechnungsjahre 1912 und vom Fleischbeschauamt vom 1. Januar bis 30. April. Einen interessanten Bericht gab der Vorsteher über den Städtetag in Berlin, und war es bedauerlich, daß einige Stadtverordnete nicht anwesend waren und einige den Sitzungssaal vorher verlassen hatten. In geschlossener Sitzung wurde einem Grundankauf Neue Welt 15 zum Preise von 6800 Mk. zugestimmt.

Landsberg. Gründung eines Arbeitergesangvereins. Eine Anzahl sangesfreudiger Genossen wollen für Landsberg und Umgegend einen Arbeitergesangverein gründen. Es findet deshalb am Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 Uhr, eine Versammlung im Ratskeller statt, zu der alle Arbeiter hiermit eingeladen werden.

Holzweißig. Schlecht gelohnte Gutmütigkeit. Vor der Halleschen Strafkammer wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt gegen eine junge Schlosserfrau aus Holzweißig, die wegen Beihilfe zur versuchten Abtreibung angeklagt war. Die Angeklagte hatte einer Nachbarin aus Gutmütigkeit unerlaubte Dienste geleistet. Ihre Gefälligkeit muß sie nun mit zwei Monaten Gefängnis büßen.

Eilenburg. In der Muldertrunken. Am Donnerstag nachmittag ertrank der fünfjährige Sohn der Witwe Kunat, hier Rinkartstraße wohnhaft. Jedenfalls ist der Junge ausgeglitten und in die Mulde gefallen, denn die ihn begleitende Schwester kann nicht einmal Bestimmtes aussagen.

Düben. Nach 5 Monaten als Leiche aufgefunden. Der Sohn des lange Jahre hier amtierenden Lehrers Marbitz, ein Student, der seit den Weihnachtsferien vermißt wird, wurde jetzt in einer Schneegrube unterhalb der Riesenbaude aufgefunden. Der junge Mann hatte eine Winterreise nach dem Riesengebirge unternommen und ist anscheinend im Schneesturm umgekommen.

Freyburg. Obstbaumschäden. Durch das Auftreten der sogen. Obstpanner wird in den Obstplantagen vielfacher Schaden angerichtet. An der Hennenstraße nach Freyburg sind sämtliche Pflaumenbäume fahl gefressen. Eine Privatplantage von 2000 Obstbäumen erfuhr in derselben Gegend das gleiche Schicksal.

Eisleben. Wenig Hoffnung auf das Gelingen seines Planes scheint ein unbekannter Einsender zu haben, der in der bürgerlichen Presse zur Gründung eines Verkehrsvereins auffordert. Der Anonymus fordert alle Freunde eines solchen Vereins auf, ihre Adresse den Schriftleitungen der örtlichen Zeitungen mitzuteilen. Die Anregung hat alle schreiblustigen Mannen der Stadt auf den Plan gebracht, indem jeder seine Weisheit austramt, damit der Verein, der die schlechte Geschäftslage der Stadt beseitigen soll, zustande kommt. Besonders ein Einsender hat es mit den Anmeldungen sehr eilig, denn der naive Mann fragt an, ob die Annahmestellen auch telephonische Beitrittserklärungen annehmen. Im Interesse der Stadt und der Geschäftsleute wäre es wirklich zu wünschen, daß das Erwerbsleben gesteigert würde, ob es mit Hilfe des Telephons möglich ist, erscheint uns sehr zweifelhaft. Die ganze Angelegenheit zeigt wieder, wie die Lokalpatrioten die Oeffentlichkeit scheuen und selbst nicht den Mut haben, durch persönliche Arbeit etwas zuwege zu bringen. Echt mansfeldisch!

Erdeborn. Steinsetzer-Aussperrung. Der Steinsetzunternehmer Weihmann in Erdeborn hat ohne Grund und dem Tarifvertrag zuwider alle organisierten Steinsetzer ausgesperrt. Ob die Aussperrung von dritter Seite veranlaßt ist, wird die Untersuchung ergeben. Die Firma ist bis auf weiteres von der Bezirksleitung des Verbandes der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands gesperrt.

Wimmelburg. Folgen der Autoraserei? Am Mittwoch ereignete sich hier ein Unglücksfall, der mit dem Tode des Verletzten endete. Kinder fanden im Chausseegraben einen schwer verwundeten Mann, der, so wird vermutet, von einem Automobil überfahren worden ist. Der tödlich Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus nach Eisleben überführt, wo er operiert wurde. Leider war es trotz der Kunst des Arztes nicht möglich, den Verunglückten am Leben zu erhalten, denn einige Zeit nach der erfolgten Operation verstarb der Mann. Vorher hatte er jedoch noch soviel Kraft, um anzugeben, daß er Julius Koppelmann heißt und Arbeiter ist. Das Alter des Toten wird auf 50 Jahre geschätzt. Ob der Tode wirklich von einem Automobil überfahren und von den Insassen hilflos liegen gelassen worden ist, kann nun nicht mehr einwandfrei festgestellt werden, da bekanntlich die „feinen Herrschaften" nicht soviel Mut haben, ihre Tat einzugestehen.

Alsleben. Richtigstellung. Kürzlich berichteten wir, daß sich der Steinarbeiter Karl Schreiber aus unbekannten Gründen in der Saale ertränkt habe. Die Nachricht ist falsch, denn der angebliche Selbstmörder hat gar nicht daran gedacht, in die Saale zu gehen.

Sangerhausen. Schamlos! Eine Gefühlsroheit sondergleichen tut sich in einem Artikel der Kyffh.-Ztg.: Der Krieg und die Wertschätzung des Lebens, kund. Der Grundgedanke desselben ist, daß der Krieg deshalb als etwas Schreckliches und Entsetzliches angesehen wird, weil er viele Menschenleben schädigt und vernichtet, daß aber die Zahl der Menschen, die alljährlich im Frieden gewaltsamen Todes sterben, nicht minder erschreckend groß sei, so daß sie sich mit den Verlusten blutiger Kriege vergleichen läßt. Nun tritt der Artikelschreiber aber nicht etwa dafür ein, Vorkehrungen zu treffen, die die vielen Verluste an Menschenleben im Frieden unmöglich machen, sondern er sucht im Hinblick auf diese Tatsache den Krieg zu beschönigen, und zwar folgendermaßen: „Wer den Krieg darum so grauenhaft und abscheulich findet, weil er den Tod vieler Menschen herbeiführt, der sollte nicht nur bedenken, daß das gleiche bei den Arbeitern und dem Verkehr des Friedens, in Bergwerken, Fabriken und auf Bauten, im Eisenbahn- und Schiffahrtsbetriebe jahraus, jahrein stattfindet, sondern vornehmlich auch beachten, daß, was an Menschenleben der Krieg kostet, zum Besten der Gesamtheit (? Red.), des Staates, des Volkes, des Vaterlandes geopfert wird."

Es gehört ein beispielloser Zynismus dazu, aus den unverhältnismäßig vielen Betriebsunfällen noch Kapital für den Krieg schlagen zu wollen. Jeder wahre Menschen- und Vaterlandsfreund muß doch in erster Linie danach trachten, daß die Unfälle sich bedeutend vermindern. Wenn sie auch nicht gänzlich zu vermeiden sein werden, so steht doch fest, daß noch ein sehr großer Teil der Unfälle auf Antreiberei, ungenügende Schutzvorrichtungen usw. zurückzuführen sind, woraus folgt, daß die Zahl der Unfälle noch ganz bedeutend reduziert werden kann. Aber noch eins ist an dem Artikel bemerkenswert, nämlich, daß hier die großen Verheerungen, die durch Unglücksfälle in der Arbeiterschaft angerichtet werden, offen zugegeben werden. Gewöhnlich geht man ja auf konservativer Seite über diese Tatsache kühl hinweg. Und auch in dem angezogenen Artikel ist wohl diese Offenheit nur dem blinden Eifer, den Krieg zu verteidigen, zuzuschreiben. Viele Arbeiter verunglücken aber nicht tödlich, sondern bleiben lebenslänglich Krüppel, als welche sie dann Gelegenheit haben — wie die Veteranen — den „Segen" der Fürsorge des Vaterlandes zu genießen. Aus all diesem geht hervor, zu welchen Gefühlsroheiten man auf bürgerlicher Seite schon gekommen ist, um den Krieg zu verteidigen. Und das nennt sich dann Christentum.

Brösen. Aus dem Gemeindeparlament. In letzter Zeit fanden kurz hintereinander zwei Sitzungen der Gemeindevertretung statt. In der ersten wurden die Anschläge zur Reparatur in der Wohnung des Hauptlehrers Pöschel entgegengenommen und die Arbeit an den Mindestfordernden, Oswald Theuring, vergeben; eingegangen waren vier Kostenanschläge. Wegen der Vernichtung der Kadaver gefallener Tiere wurde beschlossen, von den Abdeckern Mühlbergs und Liebenwerdas Bedingungen einzufordern. Durch Ortsstatut sind die anliegenden Besitzer verpflichtet, für die Reinigung der Dorfstraße zu sorgen. Zum Schluß wurden als Kaiserspende 12 Mk. gegen die Stimmen unserer Genossen bewilligt. Zur Rechnungsprüfung wurden gewählt Rößger, Karsch, Bock, Thäre, Richter und Poppe, die drei letzten als Nichtvertreter. Zur zweiten Sitzung waren der Schulvorstand und sämtliche Lehrer geladen und auch erschienen, mit Ausnahme des Herrn Pastors und der Lehrer Maring und Spohn. Es wurde beschlossen, das Kinderfest am 22. Juni abzuhalten. Die Platzfrage mußte zurückgestellt werden, da der von dem Gutsbesitzer Schneider geforderte Preis für seine Wiese zu hoch erschien. Jedes Kind zahlt 50 Pf. Beitrag, außerdem sollen noch freiwillige Beiträge gesammelt werden. 20 Mk. werden aus der Gemeindekasse bewilligt. Zum Geschenkeinkaufen werden gewählt Karsch als Vertreter der Gemeinde, Prüfer vom Schulvorstand und Herr Hauptlehrer Pöschel. Belege und Rechnungen sind der Vertretung vorzulegen. Von den Abdeckereibesitzern Mühlbergs waren Verträge eingegangen; es wurde beschlossen, mit Liebenwerda in mündliche Verhandlungen einzutreten und wenn möglich, abzuschließen. Ein Zwischenfall zwischen dem Gemeindevorstand und einem Vertreter der zweiten Klasse zeigte, wie notwendig es ist, einmal eine Geschäftsordnung zu schaffen.

Vereine und Versammlungen.

Annaburg. Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Parteilokal Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Tagesordnung: 50 Jahre Arbeiterbewegung. Anträge zum Kreistag, Wahl der Delegierten. Es sind zu dieser Versammlung auch alle Gewerkschaftsmitglieder über 18 Jahren eingeladen. Auch ist pünktliches Erscheinen notwendig, da das Zimmer nachher wieder besetzt ist.

Glesien. Mittwoch, den 4. Juni, findet eine Kartellsitzung statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen müssen nicht nur sämtliche Delegierten, sondern auch die vom Vorstand geladenen Mitglieder des Land-, Fabrik- und Holzarbeiterverbandes erscheinen. — Jeden Sonnabend vor dem 15. eines jeden Monats ist Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

Kötschau. Morgen, Sonnabend, abends ½9 Uhr, findet eine wichtige Parteiversammlung statt. Außer dem Vortrag des Genossen Drescher über das Parteiprogramm finden die Neuwahlen der Distriktsleitung statt, desgleichen wird der Jahresbericht gegeben. Außerdem wird sich diese Versammlung mit dem am 6. Juli stattfindenden Kreistag beschäftigen.

Walhalla-Theater

8.30 Uhr.

Blatzheims Abschied!

Sonnabend letzter und Benefiz-Abend!

Blatzheim mit den tollsten Schlagern!

Ab Sonntag, 1. Juni, die allbeliebten **Winter-Tymians!** 1333

Schönere Herren-Anzüge

finden Sie nirgends. Zum Verkauf kommen nur erstklassige Fabrikate, fesch im Schnitt, in braunen, grünen, blauen und grauen modernen Farbentönen, in reichhaltiger Auswahl. 1326

12⁵⁰ 16⁵⁰ 21⁰⁰ 24⁰⁰

Als Ersatz für Massanfertigung.

28⁵⁰ 32⁰⁰ 36⁵⁰ 42⁰⁰

Chice Anzüge für junge Herren

Grossstadtgeschmack, mod., 2reih. Formen,

für Jünglingsgrössen M. 7.50—18.00

für Burschengrössen M. 10.50—32.00

Neuheit der Sommer-Saison:

Grau marengo Jackett u. Weste, a. als Cutaway, v. 19.50, 24.00, 28.50 M.

dazu gestreifte Hosen, mit u. ohne Umschlag . . 6.50, 8.50, 12.50 M.

Bozener Mäntel. Wetter-Pelerinen. Gummi-Mäntel.

Leichte Sommer-Kleidung:

Wasch-Joppen, Lüster-Jacketts, Loden-Joppen, Bast-Jacketts und -Anzüge, Tennis-Hosen, Wasch-Westen, Westen-Gürtel, Sport-Kragen.

Als Mitglied des Rab.-Sp.-V.: 5 Proz. in Marken.

Julius Hammerschlag

36 Gr. Ulrichstrasse 36, nahe der Alten Promenade.

Makulatur

zu haben in der Genossenschafts-Buchdruckerei.

Apollo-Theater.

Ab 1. Juni: **Ein Sensations-Gastspiel allerersten Ranges!**

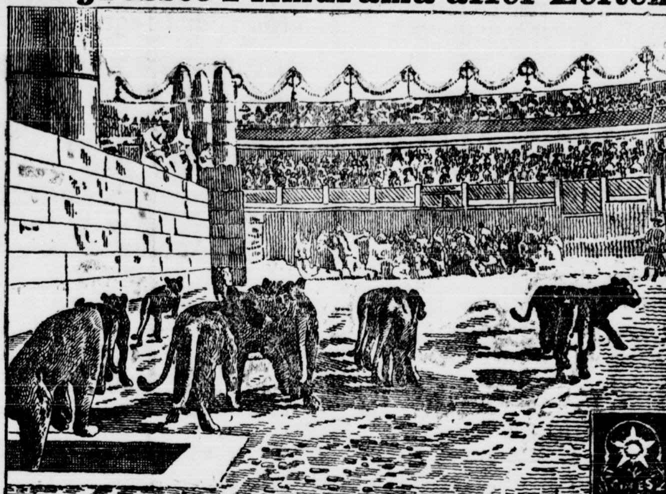
Der Monopolfilm der italienischen Cines-Aktien-Gesellschaft in Rom:

„Quo vadis“,

nach dem gleichnamigen, berühmten Roman von Henryk Sienkiewicz,

6 Akte, aus der Zeit der Christenverfolgung in Rom unter Nero.

Das grösste Filmdrama aller Zeiten!



Länge des Films 2400 Meter. — Vorführungsdauer 2 Stunden.

Ueber 1000 Mitwirkende, darunter die besten römischen Schauspieler.

Im „Berliner Cines-Palast“, im „Theater Groß-Berlin“ zu Berlin, in Köln, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., hunderte von Aufführungen. 1330

!! Ueberall Tagesgespräch !!

Hauptszenen: Ein kaiserliches Prunkmahl. In den Katakomben. Der Brand von Rom. Im Zirkus Maximus. Nero's Tod.

8 Uhr 20

Walhalla!

Ab 1. Juni täglich! Sonntags 8 Uhr! 1332

Winter-Tymians

Humoristen! Sänger und Schauspieler!

Bisher unerreicht, einzig in Deutschland!

Im Juni 4 Bomben-Programms 4

Jedermann besorge sich die Gratis-Vorzugskarten.

Apollo-Theater.

Zum vorletzten Male: Heute, abends 8.10 Uhr:

Demimonde

Sittendrama in 5 Aufzüg. v. Alexander Dumas-Sohn.

1331 Susanne: **Ellen Roland** v. Residenztheater, Berlin, a. G.

3 Könige. 718

Altrenommiertes, urgemütliches Bier- und Speiselokal.

Kleine Klausstr. 7. Tel. 948.

Sonntag:

:: **Die Perleberger.** ::

Erstklassige Unterhaltung.

Reichhaltige, der Saison gemässe Mittag- u. Abendkarte.

+ Frauen! +

Bei Störung u. Unregelmäßigkeit wenden sich vertrauensvoll an Frau **P. Brune**, Oberhausen (Rhld.) Friedenstr. 14. 11

Auskunft kostenlos.

Neue **Kinderwagen** verkauf. w. z. bedeut. herabges. Preis. **C. F. Ritter**, Leipzigerstrasse 90. 1336

Auf nach Presslers Berg!

Liebenauerstr. 4 Liebenauerstr. 4

zum

Großen Künstler-Konzert

1342 am Sonntag den 1. Juni, nachmittags u. abends im wunderbar schattigen Garten.

Freundlichst ladet ein Familie Repitz.

Rossfleisch

und Wurstwaren, alles fr., in **Benndorf** b. Neumark-Bedra, nahe der Schule. 124

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Glauchaer Ballsäle

Lerchenfeldstrasse 14.

Sonnabend den 31. Mai, abends 8 Uhr:

Gr. Frühjahrsball

der Wagenbauer-Krankenkasse.

Sonntag von vorm. 11½ Uhr an:

Grosses Preiskegeln.

Nur gute Haushaltungs-Gegenstände.

Im grossen Saale von nachmittags 4 Uhr an:

Arbeiter-Samariter-Bund.

Im kleinen Saal von abends 8 Uhr an:

1322 Der bekannte Humorist

:: Gustav Müller ::

(Mitglied der Florian-Sänger).

Nachmittags, bei gutem Wetter: **Garten-Konzert.**

Freundlichst laden ein Fr. Sachse und Frau.

19 **+ Frauen +**

brauchen bei Störung u. Unregelmäßigkeit, sow. Weißfluß nur Dr. Scheidig's Salfaerol. Garant. unschädlich. Pulver 4 M. Tropfen 6.00, 8—10 M., sow. sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst

Fa. Dr. **Conrad Scheidig**, Gen.-Dep. Halle (Saale), Grafweg 3a, p. l. Damenbedienung. Rückporto.

Radewell.

Alle Arten Schuhmacherarbeiten fertige sofort an. Auf Wunsch auch Riemenlederfohlen (billiger). Ich bin gern bereit, die Arbeit abzuholen. 883

E. Gröbel, Schuhmacher, Wiesenstr. 3, hinter Gasthof z. Deutschen Eiche.

Rossfleisch.

Diese Woche wieder fr.

A. Thurm, Beilstrasse 10. 103

Wenn Sie sich viel Verdruss ersparen wollen, tragen Sie Lorenz-Stiefel. **Mein**

Gross. Sommer-Verkauf

weist eine ausserordentlich grosse Auswahl auf, wesentlich grösser und reichhaltiger als in den vergangenen Jahren. Jede Preislage vom einfachsten, billigsten Genre steigend, in den hervorragend guten Mittelqualitäten bis zu den feinsten Neuheiten, ist reich sortiert. 714

Ich offeriere:

1 gr. Posten **Herren-Schnürstiefel** mit u. ohne Lack, Derby M. 5⁹⁰	**Damen-Halbschuhe** schwarz, farbig u. Lack M. 4⁹⁰ 5⁹⁰ 6⁹⁰	**Herren-Halbschuhe** schwarz, Lack u. farbig M. 7⁵⁰ 8⁵⁰ 10⁵⁰
Damen-Schnürstiefel schwarz und farbig M. 5⁹⁰ 6⁹⁰ 7⁵⁰	**Herren-Box-Schnürstiefel** mit u. ohne Lack, Derby M. 7⁹⁰ 8⁹⁰	**Kinder- u. Mädchenstiefel** und Halbschuhe billigst. Sandalen von 1⁵⁰ an.

Ausserdem meine Spezial-Preislagen: M. 8⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Ferd. Lorenz, Schuhwarenhaus, : Leipzigerstr. 64. :

Hamsterfelle kaufen Gebr. Danglowitz, Fischerplan 2. 767

Frische Knickeier 1306 billig. Spezial-Eier-Groß-Geschäft 7 Talamtstr. 7.

Eleg. Herrenfahrrad m. Frl. zu verk. Wilhelmstr. 49, I. l. 1290

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130531-15/fragment/page=0011

Holzarbeiter-Verband, Halle.

Sonnabend den 31. Mai, abends 8½ Uhr, im kleinen Saal des Volksparl, Burgstr. 27:

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Die Arbeitsnachweisfrage.
2. Antrag auf Ausgesteuerten-Unterstützung.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 1329

Die Ortsverwaltung.

Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen

Filiale **Halle** (Saale).

Sonntag den 1. Juni 1913, nachm. 4 Uhr, im Volkspark:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1336

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Kartellbelegierten. 3. Lokalbeiträge der Hilfsarbeiter? 4. Gewerkschaftliches.

Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen **Der Vorstand.**

Zentral-Krankenkasse Grundstein z. Einigkeit.

Sonntag, den 1. Juni, vorm. 11½ Uhr, im „Volkspark":

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung von der stattgefundenen Generalversammlung in München. — 2. Verschiedenes.

Wegen dieser wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Mitglieder dringend, recht zahlreich zu erscheinen.

1321 **Die örtliche Verwaltung.**

Konsumverein für Querfurt und Umgeg.

(eingetr. Gen. m. beschr. Haftpfl.).

Sonntag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Köhler, Schloßbrücke:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Halbjahrsbericht. 2. Verschmelzungsfrage.

*702 Der Vorstand. H. Heinze. W. Kayser. K. Leberecht.

Verlangen Sie

noch immer auf alle farbigen Schuhwaren

11% in bar.

Nur noch 4 Tage! Nur noch 4 Tage!

G & Co.

Gutermann

Gr. Ulrichstrasse 3 (früher Neues Theater). Triftstrasse 1. 1341

Dr. Diehl-Stiefel in großer Auswahl, zu fest von der Fabrik aufgestellten Preisen.

Bei telephonischen Anfragen usw.

welche die Inseraten-Annahme oder die Expedition, Druckerei des Volksblattes sowie die Volksbuchhandlung betreffen, ist nur die Fernsprechnummer

1047

zu benutzen.

Wer dagegen mit der Redaktion des Volksblattes sprechen will, benutze nur die Fernsprechnummer

338.

„Zum nassen Zipfel"!

Ritterstr. 16. Inhaber: **P. Hemer,** Ritterstr. 16.

Sonnabend und Sonntag:

Rummel!

Es ladet freundlichst ein **Bernh. Reuschel** (Henry). Geschäftsführer. 1337

Rucksäcke für Damen, Herren und Kinder, gut u. billig, 1336 **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Künstler-Modellierbogen

Luftschiffe, Flugmaschinen

verschiedener Systeme,

Bogen 20 Pfg.

Volksbuchhandlung.

Wanzen-Tinctur

Radikalmittel gegen **Wanzen** u. deren **Brut**

Flasche 50 Pf. u 1 M. allein echt bei 1327

Max Rädler,

Zur Kannischestrasse 2, Ecke Sternstrasse.

„Sportklub 1909." 1332

Sonntag, den 1. Juni, im Gasthof zu Wörmlitz:

Grosses Kränzchen.

Anfang nachm. 4 Uhr. Anfang nachm. 4 Uhr.

Freunde und Sportkollegen herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Burgschlösschen, Burg b. A.-Radewell

Sonntag den 1. Juni cr., nachmittags 4 Uhr:

Kränzchen verbunden mit **Kaninchen-Verlosung** des Kaninchenzüchter-Vereins Radewell. *705

Es laden ein **Max Schweigert. Der Vorstand.**

Turnverein Fichte, Rockendorf u. Umg.

Sonntag, den 1. Juni *709

Sommerfest verbunden mit

Umzug, Schauturnen, Tombola, Preisschießen und -kegeln.

Hierzu ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

„Lindenhof" Delitzsch.

Sonntag den 1. Juni:

Grosses Hammel-Auskegeln.

Von abends ½8 Uhr an: **Kränzchen.** *703

Freunde und Gönner ladet freundlichst ein **Der Kegelklub „Einigkeit".**

Sanitas-Bad Gr. Steinstr. 16

gegenüber Café Bauer

— Telephon 3273. 312

Licht-, Dampf- und medizinische Bäder, Moorbäder von Schmiedeberger Moor, Wannenbäder, Douchebäder, Damen- und Herren-Abteilung.

Bäder für sämtliche Krankenkassen.

Wachstuch-Reste.

Reste in allen Farben und Mustern in großer Menge vorrätig.

Reste ca. 60×100 von **30** Pf. an.

Hugo Nehab

Nachf.,

jetzt:

3 Grosse Ulrichstrasse **3**

„Neues Theater."

Auf **Firma** und **Hausnummer** bitte genau zu achten.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

1347 **5% Rabatt.**

VOLKSPARK

Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft.

Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter

Mittagstisch

von 50 Pfg. an. f.

Wasch-Gefässe,

dauerhaft und billig, Lagerbestand über 600 Stück.

— Transport frei Haus. —

Badewannen von 3 Mk. an, **Waschwannen** von 5 Mk. an, **Brühfässer** m. Deckel u. 4 Mk. an, **Schöpffässer**, Stück 60, 75, 90 Pf.

Böttcherei Schülershof I, 18 dicht am Markt.

— Gegründet 1883. —

Auf Teilzahlung!

Uhren u. Goldwaren all. Art, **Brillanten, Tafelaufsätze, Nähmaschinen, photographische** und **Sprech-Apparate,** sowie sämtliche **Musik-Instrumente, Schirme, Teppiche, Steppdecken.** *175

M. Thiele, Talamtstr. 7. II, am Hallmarkt.

Zöpfe

von ausgekämmten Haar fertigt unter Garantie gut und billig an **Wilhelm Dressler,** Friseur, Kl. Ulrichstr. 18a. [1071

Wer prima **Wurstwaren** essen will, bemühe sich nach Schleifweg 7 zu **Müller.** 123

Jeden Sonnabend: **Schlachtefest.**

Michel

Michel—Brikets

anerkannt beste Marke.

Jahresproduktion 100 000 Waggons

Zu haben beim

*77

Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedestr. — Tel. 3939 — **und in anderen besseren Kohlen-Handlungen.**

Bei Abnahme von 50 Zentnern **75 Pfg.** pro Zentner frei Gelass.

Linoleum-Reste

große Posten, bis zur Hälfte des regulären Preises.

Linoleum-Laden, Königstrasse 18.

Fernsprecher 8114. 1275 Fernsprecher 8114.

Photographie Benckert, *715

Inhaber: **Otto Rödiger,**

Gegründet 1856. **29 Gr. Ulrichstrasse 29.** Gegründet 1856.

Preise für **Glanzbilder:**		Preise für **Mattbilder:**	
12 Visit	3.— Mk. an	12 Visit	4.50 Mk. an
12 Kabinett	6.— Mk. an	12 Kabinett	8.— Mk. an
12 Viktoria	4.25 Mk. an	12 Viktoria	5.75 Mk. an

in bekannt tadelloser Ausführung und Haltbarkeit.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zustimmung des Magistrats folgendes verordnet:

§ 1.

Hutnadeln sind an öffentlichen Orten derart verwahrt zu tragen, daß andere Personen nicht gefährdet oder beschädigt werden können.

§ 2.

Zuwiderhandlungen hiergegen werden mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3.

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Halle, den 24. Mai 1913.

Die Polizei-Verwaltung.

J. V.: v. Holly.

Ich hab's!

Das **einzigste Spezial-Etagen-Geschäft**

Gr. Ulrichstr. 59

1 Treppe, kein Laden, neb. Warenhaus Nussbaum, im Hause d. Herrn Blau, bietet Ihnen die günstigste Gelegenheit,

feine getragene

Monats-Garderoben

von feinsten Herrschaften und ersten Schneidern stammend, nachdem dieselben aufs Beste hergestellt sind,

zu enorm billigen Preisen

zu erhalten.

Abteilung: Getragene Garderobe:

Maß-Anzüge, gereinigt				8	10 12 Mk.
Maß-Anzüge, feine Stoffe	14	16	18	Mk	und höher
Monats-Anzüge, wie neu	20	24	27	„	„ „
Promenaden-Rockanzüge	10	15	20	„	„ „
Gehrock-Anzüge, feine Tuchstoffe	12	16	18	„	„ „
Frühjahrs-Paletots, teils auf Seide	6	8	10	„	„ „
Frühjahrs-Ulster, elegant	12	14	16	„	„ „

Einzelne Hosen, Westen, Jacketts **spottbillig.**

Fracks und Gesellschafts-Anzüge leihweise.

Neu! Herren, denen ihre Garderobe zu eng oder zu weit geworden ist, wird solche gegen elegant sitzende neue oder getragene umgetauscht. Speziell grosses Lager in weiten Sachen für Korpulente.

In neuen Garderoben für Herren und Jünglinge unterhalten wir ebenfalls enormes Lager, welche wir durch ständigen Ankauf grosser Parties und Ersparnis der hohen Ladenmiete zu **fabelhaft billigen Preisen** abgeben.

Gutschein! Dieses Inserat des „Volksblatte" wird beim Einkauf von **20** Mark an ausnahmsweise mit **1.00 Mark** in Zahlung genommen. 1338

---

3 gr. Tuben Bartwichse	25 Pf.	Bayrum . . . . Flasche	50 Pf.
2 Stangen Harzpomade .	15 Pf.	Franzbranntwein „	50 Pf.
3 Fl. Klettenwurzelöl .	25 Pf.	Birkenbalsam . . . „	85 Pf.
4 Briefe Heftpflaster . .	10 Pf.	Kopfwaschpulver, 3 Beut.	40 Pf.
3 Schachteln Lanolin . .	20 Pf.	Sommersprossencreme, Dose	1 M.

empfiehlt **Parfümerie „Moderne",**

Poststrasse 1, am Leipziger Turm. 1334

---

95 Pfg.-Bazar. Nur Gr. Ulrichstrasse 21.

Anerkannt denkbar beste Bezugsquelle für

: Gelegenheitsgeschenke :

1333 jeder Art.

95 Pfg. ohne Ausnahme jedes Stück **95 Pfg.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130531-15/fragment/page=0012